**Presseschau vom 01.08.2022**

*Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.*

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

*Die Online-Version ist unter* https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

**Technischer Hinweis:**

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

**Außer der Reihe – Lesetipps:**

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

*Alexander Männer*: **BRICS als neues globales Machtzentrum? – Teil 2: Perspektiven für eine Erweiterung der Staatengruppe**
Die Vereinigung BRICS – bis vor Kurzem noch als ein "Diskussionsklub" der aufstrebenden Volkswirtschaften Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika bekannt – ist dabei, sich zu einem Hauptakteur der Weltpolitik zu entwickeln. Kann ihre fortschreitende politische und wirtschaftliche Integration das Herzstück einer gerechteren Weltordnung bilden? …
https://kurz.rt.com/33qq bzw. hier

*Timur Fomenko*: **Die USA wollen Chinas Nachbarn gegen Peking aufhetzen – Wird der Plan gelingen?**
Die westlichen Mächte haben die Inselstaaten im indopazifischen Raum nie wirklich ernst genommen. Aber jetzt wollen sie gegen Peking Fuß fassen und sich dabei genau dieser Staaten bedienen. …
https://kurz.rt.com/33gb bzw. hier

de.rt.com: **Grünen-Politiker Winfried Hermann bedauert "verpasste Friedenschancen" gegenüber Russland**
Der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann (Bündnis 90/ Die Grünen) warnt im Ukrainekonflikt vor einem "zu einseitigen Blick" auf die Rolle Russlands. US-amerikanische Interventionen hätten "statt Frieden und Demokratie viel Zerstörung" gebracht. …
https://kurz.rt.com/33s9 bzw. hier

*Scott Ritter*: **Es ist mir eine Ehre, auf der Liste der "russischen Propagandisten" zu stehen**
Wer durch das Aussprechen der Wahrheit auf der schwarzen Liste der "russischen Propagandisten" landet, sollte dies mit Stolz als Auszeichnung tragen, sagt der politische Analyst Scott Ritter. Wenn es um faktenbasierte Analysen geht, dann ziehe er die sogenannte "russische Propaganda" jederzeit der "ukrainischen Wahrheit" vor. …
https://kurz.rt.com/33rt bzw. hier

*Seyed Alireza Mousavi*: **Baerbock in der Türkei: Wie Deutschland seine Vermittlerrolle zwischen Ankara und Athen verspielt**
Die deutsche Top-Diplomatin, die bereits von einer "feministischen Außenpolitik" träumt, demonstrierte auf ihrer diplomatischen Tour in Griechenland und der Türkei ihre moralische Überheblichkeit gegenüber Türken, mit der sie faktisch die neutrale Rolle Deutschlands zwischen Ankara und Athen ruinierte. Und das geschah gerade zu einer Zeit, in der die Türkei für den Westen im Zuge des Ukraine-Kriegs eigentlich strategisch unverzichtbar ist. …
https://kurz.rt.com/33to bzw. hier

Aleksandar Pavić: **Wie in der Ukraine: Im Kosovo schürt dieselbe westliche "unsichtbare Hand" den Konflikt**
Auch im Fall des Kosovo übt der Westen keinerlei Druck auf die von ihm unterstützte Seite aus, sich an ein internationales Abkommen zu halten. Und es sieht auch nicht danach aus, dass

die USA und die EU etwas unternehmen werden, um grundlegend zu einer friedlichen Lösung dieser Krise beizutragen. Der Vergleich zur Ukraine drängt sich auf. …
https://kurz.rt.com/33u9 bzw. hier

*Ociel Alí López*: **Venezuela und die Türkei – Zeichnet sich eine strategische Partnerschaft ab?**
Der Besuch von Venezuelas Präsident Maduro in Ankara und der bevorstehende Besuch des türkischen Präsidenten Erdoğan in Caracas verdeutlichen: Die Beziehungen zwischen Venezuela und der Türkei werden enger. Wie Ankara könnte auch Venezuela, mit seinen reichen Ölreserven, zu einem geopolitisch entscheidenden Faktor werden. …
https://kurz.rt.com/33sd bzw. hier

**abends/nachts:**

19:55 de.rt.com: **Alarm im Norden des Kosovo: Schusswechsel, Menschen bauen Barrikaden**
Seit Tagen wird befürchtet, dass der Konflikt im mehrheitlich von Serben bewohnten Gebiet um die Stadt Mitrovica im Norden des Kosovo wieder aufflammen könnte. Seit dem späten Nachmittag am Sonntag ist wiederholt von Schusswechseln berichtet worden. Nun haben die Behörden des nicht anerkannten Gebietes Nordkosovo Alarm ausgelöst.
Die Luftschutzsirenen wurden in den nördlichen Gebieten der überwiegend von Serben bewohnten selbst ernannten Republik Kosovo aktiviert, berichtet die Website Vecernje Novosti.
"Nach 18.00 Uhr wurde in Kosovska Mitrovica Luftschutzalarm ausgelöst. Vor dem neuen Stützpunkt der selbst ernannten Kosovo-Grenzpolizei in der Nähe des Verwaltungspunktes 'Jarinje' sind zahlreiche Kämpfer der schnellen Eingreiftruppe mit automatischen Waffen, Helmen und Schutzwesten verteilt",
berichtet die Publikation.
Es wird angegeben, dass die Bewohner begonnen haben, in Rudare, auf der Autobahn Priština-Leposavić und in der Nähe der Stadt Zvečan Barrikaden zu errichten und Straßen zu blockieren.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62e6c11248fbef40ae1a29d8.jpg
*(Bislang hatten kosovarische Sicherheitskräfte nur diesen Blick auf Mitrovica, in den serbischen Norden der Stadt kamen sie nicht hinein.)*
Zuvor hatte der serbische Präsident Alexander Vučić am Sonntag in einer Ansprache an die Bürger angekündigt, dass die Polizei des Kosovo am 1. August um Mitternacht mit einer Operation im Norden der Provinz beginnen und die Einreise von Bürgern mit in Belgrad ausgestellten Personaldokumenten verhindern werde. Ihm zufolge wird auch eine Aktion zur Umregistrierung von Fahrzeugen mit serbischen Nummernschildern auf "Republik Kosovo"-Kennzeichen eingeleitet werden. Das Staatsoberhaupt forderte die kosovo-albanischen

Behörden auf, den Frieden zu respektieren, und warnte, dass bei aggressiven Aktionen gegen die Serben "Serbien gewinnen wird".
Vučić appellierte an die kosovarische Regierung in Pristina zugleich, die Lage zu entspannen. "Die Atmosphäre ist aufgeheizt, und die Serben werden keine weiteren Gräueltaten dulden", sagte er am Sonntag in Belgrad. Vučić weiter:
"Ich appelliere an alle, um fast jeden Preis zu versuchen, den Frieden zu erhalten. Ich bitte die Albaner, zur Vernunft zu kommen, die Serben, nicht auf Provokationen hereinzufallen, aber ich bitte auch die Vertreter der mächtigen und großen Länder, die die so genannte Unabhängigkeit des Kosovo anerkannt haben, ein wenig auf das Völkerrecht und die Realität vor Ort zu achten und nicht zuzulassen, dass ihre Schützlinge Konflikte verursachen."
"Wir wollen keine Konflikte und wir wollen keinen Krieg", sagte Vucic in seiner Rede. "Wir werden für den Frieden beten und den Frieden suchen, aber lassen Sie mich Ihnen gleich sagen, dass es keine Kapitulation geben wird: Es wird keine Kapitulation geben, und Serbien wird gewinnen. Wenn sie es wagen, mit der Verfolgung, Belästigung und Ermordung von Serben zu beginnen, wird Serbien gewinnen."
Wie von der Regierung des Kosovo angekündigt, verlieren serbische Dokumente ab dem 1. August in dem von ihr kontrollierten Gebiet ihre Gültigkeit, und ihre Besitzer erhalten am Eingang eine vorläufige Bescheinigung. Gleichzeitig müssen Fahrzeuge mit serbischen Kennzeichen ihre RKS-Kennzeichen (Republik Kosovo) umschreiben lassen.
Belgrad erkennt die RKS-Schilder auf seinem Gebiet nicht an. Im vergangenen Jahr führte dies zu einem Konflikt: Priština verbot Autos mit serbischen Kennzeichen und verlegte eine Sondereinheit des Innenministeriums ROSU in den Norden der Provinz. Die örtlichen Serben reagierten darauf, indem sie die Straße zu den Kontrollpunkten Jarinje und Brnjak mit Baumaschinen blockierten und die Straßensperre aufrechterhielten, obwohl die Polizei versuchte, sie mit Tränengas und Bereitschaftspolizei zu vertreiben. Danach trafen Belgrad und Priština unter westlicher Vermittlung eine Vereinbarung, wonach bei der Ausreise aus dem Kosovo und Metohija nach Zentralserbien die Kosovo-Symbole auf den Nummernschildern durch Aufkleber mit dem serbischen Wappen und den Buchstaben KM ersetzt werden sollten.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e6c0b6b480cc4f4f61859f.jpg
*Die Bevölkerung im Norden Mitrovicas ist mehrheitlich serbisch und wünscht den Anschluss an Serbien.*

20:15 de.rt.com: **Süd-Süd-Achse: Teheran und Moskau stärken Peking den Rücken in Taiwan-Frage**
Die überwältigende Mehrheit der Staaten betrachtet Taiwan, in Übereinstimmung mit der Position Pekings, als Teil des chinesischen Staates. Trotzdem stärken die westlichen Staaten, allen voran die USA, Taiwan als möglichen Verbündeten gegen die Volksrepublik.
Der iranische Präsident Ebrahim Raisi hat sich mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping in der Taiwan-Frage solidarisch erklärt und ihm mitgeteilt, dass die Islamische

Republik engere strategische Beziehungen mit der Volksrepublik anstrebt und die Ein-China-Politik uneingeschränkt unterstütze. Der iranische Präsident sagte laut eines Medienberichts nach einem einstündigen Gespräch am Freitag mit seinem chinesischen Amtskollegen Xi Jinping:

"Die Unterstützung der Ein-China-Politik ist eine eindeutige und prinzipielle Politik der Islamischen Republik Iran."

Raisi warf den USA vor, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, und warnte davor, dass die US-amerikanische Politik "zu einer Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit geworden ist".

Der iranische Präsident teilte Jinping mit, dass Teheran bereit sei, die Zusammenarbeit mit Peking in allen Bereichen, insbesondere in den Bereichen Energie und maritime Sicherheit, zu verstärken. Er warnte, dass jeder Versuch der Vereinigten Staaten, die internationale Politik in ein Szenario im Stil des Kalten Krieges zurückzuführen, ein Zeichen für die Schwäche und den Niedergang Washingtons sei.

Iran habe "den notwendigen Boden für die kollektive Sicherheit und Entwicklung in Westasien bereitet und kann als Modell für die Stärkung des politischen Vertrauens und der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region dienen", sagte Raisi. Die beiden Staatsoberhäupter erörterten auch die iranischen Bewerbungen um eine Mitgliedschaft in der BRICS-Gruppe (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und im Sicherheitspakt der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit.

Teheran ist der zweite wichtige strategische Partner Chinas, der inmitten der eskalierenden Spannungen um Taiwan seine starke Unterstützung für Peking zum Ausdruck bringt.

Ebenfalls am Freitag bekräftigte der russische Außenminister Sergei Lawrow das Engagement Russlands für die Ein-China-Politik und betonte, dass Moskaus Position in dieser Frage "absolut klar" und "unverändert" sei.

Die Ein-China-Politik besagt, dass die Volksrepublik das einzige China der Welt ist und dass Taiwan ein Teil Chinas ist. Diese Politik wird von der großen Mehrheit der Vereinten Nationen, einschließlich der USA, zumindest dem Prinzip nach befolgt. Lawrow ergänzte jedoch:

"Aber in der Praxis, wie Sie verstehen, stimmen ihre Taten nicht immer mit ihren Worten überein."

Bei seinen Ausführungen bezog sich der russische Spitzendiplomat auf die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der Taiwan-Frage.

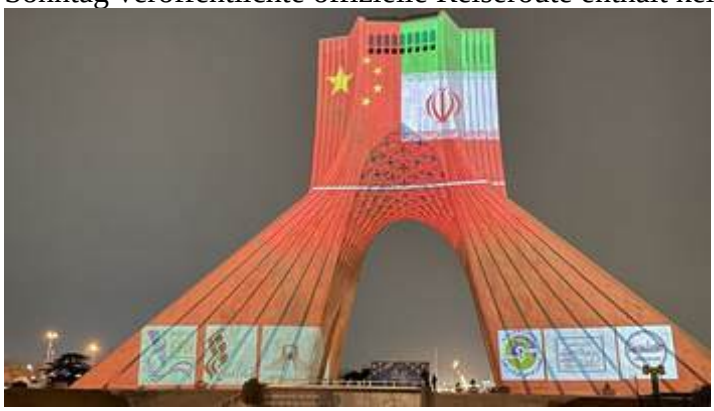
Die Spannungen zwischen China und den USA in Bezug auf die Insel, die Peking als abtrünnige Provinz betrachtet, begannen bereits am ersten Tag der Präsidentschaft von Joe Biden zu eskalieren, als Peking Washington dafür kritisierte, dass er den Vertreter der Inselregierung in Washington zu seiner Amtseinführung eingeladen hatte. In den 18 Monaten seither hat Biden wiederholt angedeutet, dass die USA Taiwan im Falle einer chinesischen "Aggression" verteidigen würden. Damit hat er mit der Politik der "strategischen Zweideutigkeit" seiner Vorgänger bezüglich Taiwans gebrochen.

Die Spannungen in Bezug auf die Region haben sich in den letzten zwei Wochen zugespitzt, nachdem die Financial Times am 19. Juli berichtet hat, dass die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi – nach Biden und Vizepräsident Harris die dritthöchste Amtsperson in Washington – Taiwan im Rahmen einer Asienreise mit anderen Kongressmitgliedern besuchen könnte.

Chinesische Beamte und Medien haben Pelosi davor gewarnt, Taipeh zu besuchen, und die Volksbefreiungsarmee und die US-Marine haben ihre militärischen Aktivitäten rund um die Insel verstärkt.

Pelosi reiste am Samstag Richtung Asien ab und wird offiziell zu einem Besuch in Japan, Südkorea, Indonesien und Singapur erwartet. Die Sprecherin und ihre Mitarbeiter hatten es vorab unter Hinweis auf Sicherheitsaspekte abgelehnt, sich zu ihren Reiseplänen zu äußern

und anzugeben, ob die Reise einen Zwischenstopp in Taiwan beinhalten könnte. Die am Sonntag veröffentlichte offizielle Reiseroute enthält keinen Zwischenhalt in Taiwan.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e661ccb480cc435b3bed3b.jpg
*Ein Turm in der iranischen Hauptstadt Teheran wird anlässlich des chinesischen Neujahrsfests mit den Fahnen beider Länder bestrahlt*

20:20 de.rt.com: **Russland fordert die UNO zur Untersuchung des Beschusses des Kriegsgefangenenlagers in Jelenowka auf**
Wie das russische Verteidigungsministerium am Sonntag mitteilte, wurden Experten der Vereinten Nationen und des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) eingeladen, den Beschuss des Kriegsgefangenenlagers in Jelenowka zu untersuchen.
Nach russischen Angaben haben die ukrainischen Truppen das in einer JVA eingerichtete Lager mit HIMARS-Raketen beschossen.
Der erste Stellvertreter des russischen Botschafters bei den Vereinten Nationen, Dmitri Poljanski, hat am Sonntag ebenfalls zu dem Thema geäußert. Seiner Meinung nach sollte die UNO nicht davor zurückschrecken, den Beschuss des Untersuchungsgefängnisses in Jelenowka durch ukrainische Truppen zu verurteilen. Der Diplomat sagte auch, dass die russische Mission UN-Generalsekretär António Guterres informiert habe, dass die russische Seite unwiderlegbare Beweise für die Verantwortung der Ukraine für diesen Beschuss habe. Auch er betonte, dass Russland eine internationale Untersuchung des Ereignisses, bei dem über 50 ehemalige Asow-Kämpfer ums Leben kamen, wolle.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62e6c657b480cc4f4f6185a4.PNG
*Ausgebrannte Schlafhalle im Kriegsgefangenenlager von Jelenowka (29.07.22)*

20:40 de.rt.com: **Ukraine nimmt erneut Makeewka unter Beschuss**
Die ukrainischen Streitkräfte haben erneut das Feuer auf Makeewka, die östlich an Donezk angrenzende Großstadt, mit Artilleriegeschossen des NATO-Kalibers 155 Millimeter eröffnet.

Dies teilte am Abend TASS unter Berufung auf das Hauptquartier der Volksrepublik Donezk für territoriale Verteidigung mit.
"Die ukrainischen Kämpfer beschießen von ihren Stellungen in Awdejewka aus weiterhin den Kirow-Bezirk von Makeewka, und die 155-mm-Artillerie der NATO wird gegen die Bevölkerung eingesetzt",
heißt es in der Erklärung der Behörde.
Nach Angaben der DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes wurden auf Makeewka insgesamt drei Granaten abgefeuert.
Die Stadtverwaltung von Donezk hat am Abend zudem den Tod eines Zivilisten durch den Beschuss eines Aluminiumwerkes in der Stadt gemeldet.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62e6cd54b480cc30c11683ef.jpg
*Makeewka steht wie die Nachbarstadt Donezk seit einigen Wochen unter täglichem Beschuss durch die ukrainische Artillerie (Bild vom 09.06.22)*

21:04 de.rt.com: **Ukrainischer Abgeordneter Gontscharenko: Die Ukraine muss für Kosovo in den Krieg ziehen**
Der illustre Abgeordnete der ukrainischen Rada, Alexei Gontscharenko, findet, dass der Krieg im eigenen Land der Ukraine nicht ausreicht. Der seit 2014 für die Partei des Ex-Präsidenten Poroschenko im Parlament sitzende Gontscharenko, der unter anderem mit skandalträchtigen Auftritten in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auffiel, galt zuvor jedoch als treuer Parteigänger von Präsident Viktor Janukowitsch.
In seinen sozialen Netzwerken forderte er am Sonntag, dass die ukrainische Armee auf der Seite der Kosovo-Albaner in einen Krieg gegen Serbien ziehen müsse.
Gontscharenko wörtlich:
"Wenn Serbien in den #Kosovo eindringt, sollten wir die Kosovaren verteidigen. (Die Ukraine) ist bereit, mit unseren Truppen vor Ort zu handeln. (Russland) versucht, einen aggressiven Krieg zu beginnen. Genau nach Putins Methode. Wie ich schon sagte, ist #Serbien Putins trojanisches Pferd in Europa. Ein Krieg ist überall auf der Welt schrecklich."

wpered.su: **Der Kommandeur des Bataillons „Pjatnaschka“ traf sich mit Mitgliedern der KPRF**
Achra Awidsba, der Kommandeur des legendären internationalen Bataillons „Pjatnaschka“, besuchte die Staatsduma und traf sich mit dem Vorsitzenden der KPRF und der SKP-KPSS Gennadij Sjuganow, dem stellvertretenden Vorsitzenden des ZK der KPRF Wladimir Kaschin, mit dem Mitglied des Präsidiums des ZK der KPRF, dem Vorsitzenden des Komitees der Staatsduma für Angelegenheiten der GUS Leonid Kalaschnikow, dem Sekretär des ZK der KPRF, dem ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Komitess der Staatsduma für

Angelegenheiten der GUS Kasbek Tajsajew und anderen Vertretern der KPRF. Dies teilt der Pressedienst der KPRF mit.
Bei dem Treffen dankte der der KPRF herzlich für die seit acht Jahren dauernde aktive Hilfe für den Donbass und unterstrich die Unterstützung der Kommunisten für das Bataillon, die Kommunisten vergessen nie die mutigen Soldaten, die für die Freiheit des Heimatlandes kämpfen, und bemühen sich, den Soldaten mit allem Notwendigen zu helfen.
Außerdem traf sich Awidsba mit dem Vorsitzenden des Komsomol der RF, dem Abgeordneten der Staatsduma Wladimir Issakow und der Sekretärin des ZK der KPRF, der Abgeordneten der Staatsduma Marija Drobot. Die Seiten unterstrichen, dass es heute wichtig ist, Nachdruck auf die patriotische Erziehung der Jugend zu legen, in der heranwachsenden Generation Liebe zu ihrer Heimat, Treue zum Vaterland und die Bereitschaft ihm mit seiner Arbeit zu dienen und seine Interessen zu schützen, herauszubilden.
Es muss unterstrichen werden, dass „Pjatnaschka“ in diesen Jahre viele Kampfaufgaben zur Befreiung der DVR durchgeführt hat. Und Achra Awidsba, der legendäre Kommandeur, Held der DVR, leitet das Bataillon seit2014. Die Formation besteht aus abchasischen, ossetischen, tschechischen, slowakischen, russischen und anderen Freiwilligen – „Pjatnaschka“ ist eine internationale Brigade.
Die Einheit wurde von 15 Freiwilligen aus Russland und Abchasien gegründet, davon zeugt die Zahl der Sterne auf den Abzeichen sowie die Bezeichnung. Pjatnaschka“ war an allen wichtigen Angriffen auf Positionen der ukrainischen Streitkräfte beteiligt. Gemeinsam mit den bekannten Bataillonen Sparta und Somali kämpfe es im Donezker Flughafen, dann war es an der Einnahme von Uglegorsk beteiligt, führte Kämpfe bei Awdejewka.
„Mit dem Bataillonskommandeur Achra Awidsba verbinden uns seit dem Anfang der Kampfhandlungen, seit 2014, eine feste Freundschaft. An jenen Tagen haben wir uns oft zu dritt mit dem ersten Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko in sehr warmer und freundschaftlicher Atmosphäre getroffen, vereint in der Sache der Verteidigung des Heimatlandes. Das legendäre „Pjatnaschka“ wurde vor 8 Jahren gebildet – ich habe mich auch mit den Soldaten getroffen, die schon 2014 unter den ersten Freiwilligen waren. Viele leben schon nicht mehr – sie haben ihr Leben für eine helle Zukunft der Einwohner des Donbass gegeben, aber bis her fühlt sich die Formation mit Soldaten, die zur Verteidigung der Bevölkerung aufgestanden sind. Im Rahmen meines letzten Besuchs im Donbass habe ich mich auch mit Soldaten von „Pjatnaschka“ getroffen, ich war davon beeindruckt, wie hoch der Kampfgeist der Soldaten im Kampf gegen den Faschismus ist, sie sind motiviert und bereit, bis zum Schluss zu kämpfen. „Pjatnaschka“ hat Soldaten aus verschiedenen Ecken der Welt vereint, es ist eine internationale Formation, im Bataillon sind auch unsere Leute, Kommunisten. Ich will den Soldaten von „Pjatnaschka“ von Herzen für den Mut, die Unerschütterlichkeit und die wahre Liebe zur Heimat danken“, sagte Kasbek Tajsajew.

22:01 de.rt.com: **Putin kündigt Ausrüstung der russischen Marine mit Zirkon-Hyperschallraketen an**
Die Fregatte Admiral Gorschkow wird das erste Schiff sein, das mit dieser Waffe ausgerüstet wird. Das Schiff dient zur Schiffs-, Flugzeug- und U-Bootabwehr. Nun soll es als Erstes die neuen Zirkon-Raketen erhalten.
Die russische Marine wird "in den kommenden Monaten" die neuesten Hyperschallseeziel-Lenkraketen vom Typ Zirkon erhalten, sagte Präsident Wladimir Putin in seiner Rede anlässlich des Tags der Marine am Sonntag in St. Petersburg. Putin äußerte sich anerkennend über die Waffe und sagte, "kein Hindernis" könne die Raketen aufhalten.
Der russische Präsident betonte:
"Die russischen Streitkräfte werden sie in den nächsten Monaten erhalten. Das erste Schiff, das mit dieser mächtigen Waffe ausgestattet wird, ist die Fregatte Admiral Gorschkow."
Laut Putin wird der genaue Einsatzort der Fregatte "in Übereinstimmung mit den Interessen

des Erhalts der russischen Sicherheit" festgelegt werden.
Der russische Präsident fügte hinzu, dass Russland seine maritimen Interessen "entschieden und mit all seinen Fähigkeiten" verteidigen werde.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62e686bc48fbef42ba68a188.jpg
*Die Admiral Gorschkow bei der Marineparade in St. Petersburg, 31.07.2022*

22:20 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Donezk am Sonntag erneut mit Antipersonen-Streuminen**
Die ukrainischen Streitkräfte haben erneut Lepestok-Antipersonenminen auf Donezk abgeworfen, wofür sie Uragan-Mehrfachraketenwerfer einsetzten, wie die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes am Abend mitteilte.
Insgesamt sind nach Angaben der Beobachtermission im Verlaufe des heutigen Sonntags 347 Geschosse verschiedener Kaliber durch die ukrainischen Streitkräfte auf das von der Volksrepublik Donezk kontrollierte Territorium abgefeuert worden.

**vormittags:**

7:00 de.rt.com: **Moskau: Mehrere NATO-Länder unterstützen Kiews Rekrutierung von Söldnern**
Mehrere NATO-Länder unterstützen stillschweigend die Maßnahmen Kiews, ausländische Staatsangehörige für die Teilnahme an Militäraktionen im Donbass zu rekrutieren. Darauf wies Wladimir Tarabrin, Direktor der Abteilung für neue Herausforderungen und Bedrohungen beim russischen Außenministerium, in einem Interview mit RIA Nowosti hin.
Er erklärte:
"Die Russische Föderation verfolgt aufmerksam die Rekrutierung ausländischer Staatsangehöriger durch ukrainische Behörden mit der stillschweigenden Unterstützung bestimmter NATO-Länder, um in der Ostukraine auf der Seite des Kiewer Regimes zu kämpfen."
Er betonte auch, dass nicht nur Nichtregierungsorganisationen, sondern auch ukrainische diplomatische Vertretungen im Ausland in den Rekrutierungsprozess involviert seien, was internationalen Vereinbarungen, insbesondere dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen von 1961, widerspreche.

7:28 de.rt.com: **Türkisches Verteidigungsministerium: Erstes Getreideschiff verlässt Odessa**
Das erste Schiff mit ukrainischem Getreide soll am Montag um 8.30 Uhr Moskauer Zeit einen der Häfen von Odessa verlassen, teilte das türkische Verteidigungsministerium mit.
Ibrahim Kalın, der Pressesprecher des türkischen Präsidenten, hatte am Sonntag verkündet,

dass die Getreidelieferungen aus der Ukraine am 1. August beginnen könnten. Ihm zufolge sei die Beladung der Schiffe bereits abgeschlossen.
Eine mit der Situation vertraute Quelle sagte gegenüber RIA Nowosti, dass Vertreter des Koordinationszentrums in Istanbul die Durchfahrt des Getreideschiffes mit Hilfe von Satelliten überwachten.
8:04 de.rt.com: Ukrainische Truppen beschießen Donezker Stadtteile Kuibyschewski und Kiewski
Die ukrainischen Streitkräfte sollen die Donezker Stadtteile Kuibyschewski und Kiewski beschossen haben. Hierbei seien 18 Geschosse im Kaliber 152 Millimeter zum Einsatz gekommen, teilte die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands auf Telegram mit.
Außerdem sollen die ukrainischen Truppen am frühen Montagmorgen das Feuer auf das Dorf Saizewo Juschnoje eröffnet haben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62e7633348fbef3a8c2ce185.jpg

9:18 (8:18) novorosinform.org: **Das russische Militär organisierte einen Übergang an der Antonowskij-Brücke in Cherson**
Derzeit wird der Verkehr über den Dnjepr mit einer Fähre realisiert.
Das russische Militär hat einen Übergang an der Antonowskoj-Brücke in Cherson eingerichtet, nachdem sie mehrmals von ukrainischen Truppen angegriffen worden war. Das berichtete ein Korrespondent von RIA Novosti.
Derzeit wird der Verkehr über den Dnjepr mit einer Fähre unter der Kontrolle des russischen Militärs durchgeführt. Personen sowie Personenfahrzeuge und Lastkraftfahrzeuge werden über den Fluss transportiert.
Der Verkehr auf der Antonowskij-Brücke wurde letzte Woche eingestellt, nachdem ukrainisches Militär mehrmals HIMARS-Raketen auf die Infrastruktureinrichtung abgefeuert hatte. Die lokalen Behörden versprechen den Bürgern, den Verkehr auf der Brücke wiederherzustellen, sobald die Bedrohung durch Raketenangriffe aus Kiew beseitigt wurde.

https://www.novorosinform.org/content/images/00/27/50027_720x405.jpg

8:32 de.rt.com: **Behörden des Gebietes Cherson: "Halten es für einen Fehler, Teil der Ukraine gewesen zu sein"**
Das Gebiet Cherson ist historisch gesehen russisches Gebiet, seine Zugehörigkeit zur Ukraine war ein historischer Fehler, der in naher Zukunft korrigiert werden wird. Das verkündete der stellvertretende Verwaltungschef des Gebietes Kirill Stremousow gegenüber RIA Nowosti. Er erklärte:
"Cherson und das Gebiet Cherson wurden durch ein Dekret von Katharina II. geschaffen. Während der Herrschaft von Katharina II. entwickelte sich die gesamte nördliche Schwarzmeerregion rasant. Die Ukraine hatte und hat keinerlei Beziehung zum Gebiet Cherson. Das Gebiet Cherson ist historisch gesehen russisches Land, seine Zugehörigkeit zur Ukraine war ein historischer Fehler, der in naher Zukunft korrigiert wird."
Stremousow zufolge bereitet sich das Gebiet aktiv auf ein Referendum über die Zugehörigkeit zu Russland vor. Als eine der Prioritäten der Behörden nannte der Gesprächspartner der Agentur die Schaffung sozialen und wirtschaftlichen Wohlstands für die Bewohner des Gebietes.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62e75aa7b480cc22e1557964.jpg
*Musiker treten bei einem Konzert im Rahmen der Feierlichkeiten zum Tag Russlands in Cherson auf*

9:05 de.rt.com: **Philippinen und Russland führen Gespräche über Lieferungen von Düngemitteln**
Manila verhandelt mit Moskau über die Lieferung von Düngemitteln. Das teilte der russische

Botschafter in den Philippinen Marat Pawlow gegenüber RIA Nowosti mit. Er erklärte: "Soweit ich weiß, sind die Verhandlungen zwischen philippinischen Unternehmen und russischen Düngemittelherstellern bereits im Gange."
Ihm zufolge "wird die Frage der Düngemittelversorgung von philippinischer Seite auf höchster Ebene angesprochen". Düngemittel seien Güter, von deren Einfuhr die "Gesundheit" der philippinischen Wirtschaft direkt abhänge.
Pawlow erinnerte daran, dass der philippinische Präsident Ferdinand Marcos Jr., der der Ernährungssicherheit seines Landes Vorrang einräumt und persönlich das Landwirtschaftsministerium leitet, am 19. Juli erklärt hatte, dass die Versorgung des Landes mit erschwinglichen Düngemitteln eine Priorität sei.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 1.8.2022**
Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:
- bis zu 50 Mann;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 6 Spezialfahrzeuge;
In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter.
Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort. Während des 31. Juli haben sie mehr als 4 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Schtschedrischtschwo und Woronowo wurden, gesäubert.
Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.
Heute am 1. August, begehen die Soldaten des rückwärtigen Dienstes der Volksmiliz der Lugansker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation ihren Berufsfeiertag. Indem sie die ununterbrochene Versorgung der Truppen mit allem für die Ausführung der Kampfaufgaben Notwendigem versorgen, stellen die Soldaten und Offiziere des rückwärtigen Dienstes ein arbeitsfähiges und koordiniertes System dar, das ein unabdingbarer Teil des Verteidigungspotentials unseres Staates ist.
Die Soldaten des rückwärtigen Dienstes setzen die ruhmreichen Traditionen der vorangegangen Generationen fort und führen bis heute den Kampf gegen den weltweiten Nazismus und verteidigen die friedliche Bevölkerung gegen das verbrecherische Kiewer Regime.
Im Namen des Kommandos und in meinem eigenen gratuliere ich allen Soldaten der rückwärtigen Dienste, die die Front in so schwierigen Zeiten mit allem für einen möglichst baldigen Sieg über den ukrainischen Faschismus versorgen. Je stärker das Hinterland, desto stärker die Front! Zum Feiertag!

9:16 de.rt.com: **Algerien erwägt offenbar BRICS-Mitgliedschaft**
Die BRICS-Staaten, die nach ihren Gründungsmitgliedern benannt sind, stellen derzeit rund vierzig Prozent der Weltbevölkerung. Der Beitritt zweiter weiterer Staaten – Iran und Argentinien – ist bereits bekannt.
Der algerische Präsident Abdelmadjid Tebboune hat Berichten zufolge erklärt, sein Land sei an einem Beitritt zu den BRICS interessiert und stehe kurz davor, sich für die Mitgliedschaft in der Gruppe zu qualifizieren.
Algerien erfülle bereits weitgehend die Bedingungen für einen Beitritt zu den BRICS, sagte Tebboune am Sonntag in einem Interview mit einem staatlichen Fernsehsender. Die Staaten-Gruppe ist nach ihren Gründungsmitgliedern – Brasilien, Russland, Indien, China und

Südafrika – benannt und will auf ihrem Gipfeltreffen im nächsten Jahr die Aufnahme von Saudi-Arabien, der Türkei und Ägypten in Erwägung ziehen.
Der diesjährige BRICS-Gipfel, der im Juni online stattfand, wurde um die Teilnahme von 13 weiteren Ländern, darunter Algerien, erweitert. Tebboune hielt als erster Gast eine Rede, in der er zu einer neuen Wirtschaftsordnung aufrief, in der Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen den Ländern herrschen werden. Das algerische Staatsoberhaupt fügte hinzu: "Unsere Erfahrungen aus der Vergangenheit haben uns gezeigt, dass das Ungleichgewicht auf der internationalen Bühne und die Marginalisierung der Schwellenländer in den internationalen Gremien Quellen der Instabilität, des Mangels an Gleichheit und der fehlenden Entwicklung sind."
Die BRICS-Staaten repräsentieren heute bereits mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung. Die erklärten Ziele des Blocks sind die Förderung von Frieden, Sicherheit, Entwicklung, globaler Zusammenarbeit und der Entwicklung der Menschheit insgesamt. Iran und Argentinien beantragten im Juni offiziell die Aufnahme in die BRICS-Gruppe.
Berichten zufolge entwickeln Russland, China und andere BRICS-Mitglieder eine neue globale Reservewährung, die die Vorherrschaft des US-Dollars untergraben könnte.
In demselben Fernsehinterview erklärte Tebboune, dass Algerien als eine ehemalige französische Kolonie in diesem Jahr mit dem Englischunterricht in den Grundschulen beginnen werde. "Französisch ist eine Kriegsbeute", sagte er, "aber Englisch ist eine internationale Sprache".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e7747548fbef3a8c2ce18b.jpeg
*Präsident Algeriens Abdelmadjid Tebboune*

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 1.8.22 um 10:30 Uhr**
Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.
**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **378 Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starb ein Zivilist und 9, darunter eine Jugendlich, geb. 2006, wurden verletzt**. 19 Wohnhäuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Lastwagen

und mehr als 30 Mann. 4 Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Awdejewka und Newelskoje wurden beseitigt.

9:34 de.rt.com: **OPEC-Generalsekretär: Wollen nicht mit Russland konkurrieren**
Die Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) will nicht mit Russland konkurrieren, erklärte der neue OPEC-Generalsekretär Haitham al-Ghais gegenüber der Zeitung Alrai. Er betonte:
"Die OPEC konkurriert nicht mit Russland, es ist ein großer, bedeutender und äußerst einflussreicher Akteur auf dem globalen Energiemarkt."
Nach Ansicht des Generalsekretärs der Organisation ist der jüngste Anstieg der Ölpreise nicht nur auf die Situation zwischen Russland und der Ukraine zurückzuführen. Al-Ghais erklärte:
"Alles deutet darauf hin, dass die Preise allmählich und kumulativ zu steigen begonnen haben, und zwar noch vor der Verschlechterung der russisch-ukrainischen Beziehungen aufgrund der auf den Märkten vorherrschenden Wahrnehmung eines Mangels an freien Produktionskapazitäten, die sich auf bestimmte Länder zu beschränken begannen."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62e760fd48fbef3f9830a5a4.jpg

10:46 (9:46) novorosinform.org: **Russische Gerichte stoppten die Abschiebung von Ukrainern**
Die Ausweisung von Bürgern der Ukraine wurde durch die Sonderoperation unmöglich.
In letzter Zeit ist festzustellen, dass russische Gerichte damit begonnen haben, Entscheidungen über die Aufhebung von Abschiebungen ukrainischer Staatsbürger zu treffen, weil es keine Möglichkeit gibt, diese zu vollstrecken. Dies berichtet die Zeitung "Kommersant" unter Berufung auf Angaben von Experten der Moskauer Helsinki-Gruppe.
113 Ukrainer seien derzeit allein in der vorübergehenden Haftanstalt für ausländische Staatsangehörige in der Nähe von Moskau inhaftiert. Sie sollten aufgrund von Verstößen gegen die Einwanderungsgesetze ausgewiesen werden. Darüber hinaus konnten 245 Personen die Haftanstalten in Moskau nicht verlassen. Die in Russland gestrandeten Ukrainer können das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation nicht verlassen, unter anderem, weil es unmöglich ist, Dokumente bereitzustellen, da die ukrainischen Konsulate ihre Arbeit eingestellt haben.

https://www.novorosinform.org/content/images/00/37/50037_720x405.jpg

10:07 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Donezker Volksrepublik mehr als 50 Mal binnen 24 Stunden**
Die ukrainischen Streitkräfte sollen das Territorium der Donezker Volksrepublik (DVR) im Laufe der vergangenen 24 Stunden 51 Mal beschossen und dabei 378 Schuss Munition verschiedener Kaliber verwendet haben. Das teilte die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands mit.
Durch den Beschuss seien 19 Wohnhäuser in den Donezker Stadtteilen Kuibyschewki, Kirowski, Petrowski und Kiewski sowie zwei zivile Infrastruktureinrichtungen beschädigt worden.

10:42 de.rt.com: **Ankara dankt Moskau für Ermöglichung der Abfahrt des ersten Getreideschiffs aus Odessa**
Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar hat den Unterzeichnern des Istanbuler Lebensmittelabkommens, darunter seinem russischen Amtskollegen Sergei Schoigu, gedankt, nachdem das erste Getreideschiff den Hafen von Odessa verlassen hat. Akar sagte Reportern der Agentur Anadolu:
"Ich danke Herrn Schoigu und Herrn Resnikow für die Erleichterung des Prozesses und das Vertrauen in die Türkei."
Das unter der Flagge von Sierra Leone fahrende Schiff Razoni, das 26.000 Tonnen Mais geladen hat, lief am Montagmorgen aus dem Hafen von Odessa aus. Die Trockenladung wird voraussichtlich am Dienstag in Istanbul eintreffen, wo sie vor der Weiterfahrt zum libanesischen Hafen Tripoli überprüft wird. Laut dem türkischen Fernsehsender A Haber verfolgen Drohnen und Satelliten das Schiff.
Am 22. Juli hatten Vertreter Russlands, der Ukraine, der Türkei und der Vereinten Nationen Vereinbarungen unterzeichnet, die die Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen für russische Produkte und ukrainisches Getreide vorsehen.

11:18 de.rt.com: **EU-Importverbot für Kohle aus Russland tritt in Kraft**
Ein vollständiges Verbot von Kohlelieferungen aus Russland in die Europäische Union als Teil der westlichen Sanktionen gegen Moskau ist am 1. August in Kraft getreten.
Die entsprechende Maßnahme war Teil des fünften EU-Sanktionspakets, das Anfang April verabschiedet wurde. Das Dokument sieht eine schrittweise Verweigerung der Einfuhr dieses Rohstoffs aus Russland vor, wobei ab heute ein vollständiges Verbot der Lieferungen gelten

soll.
Dem Wortlaut des Dokuments zufolge beinhaltet die Maßnahme "ein Verbot des Kaufs, der Einfuhr oder der Verbringung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen in die EU, wenn diese aus Russland stammen oder aus Russland ausgeführt werden, beginnend im August 2022".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62e7709748fbef40ae1a29ed.jpg

12:21 (11:21) novorosinform.org: **Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine sprach sich dafür aus, die Idee einer "Gegenoffensive" aufzugeben – Quelle**
Der Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Ukraine, Waleri Saluschny, wandte sich an den Präsidenten der Ukraine, Wladimir Selenskij, mit der Bitte, die Vorbereitung der Gegenoffensive auszusetzen, berichtet der Telegram-Kanal „Resident“, unter Berufung auf einen Insider von einem Treffen im Büro des Präsidenten.
Saluschny bemerkte demnach, dass es sinnlos sei, einen Offensivplan ohne gebildete Angriffsgruppen zu entwickeln, da Verluste für die ukrainischen Kämpfer tödlich und irreparabel werden könnten.
"Saluschny hat Selenskij gebeten, die Vorbereitungen für die Gegenoffensive auszusetzen, bis die Streitkräfte der Ukraine vollständige Gruppierungen für den Kampf um Cherson gebildet haben. Der Oberbefehlshaber glaubt, dass ein Scheitern das ukrainische Militär demoralisieren würde und Verluste für die Armee tödlich sein könnten “, schrieb die Quelle.
…

https://www.novorosinform.org/content/images/00/47/50047_720x405.jpg

11:30 de.rt.com: **Wegen eskalierender Spannungen: Kosovo verschiebt geplante Einreiseregeln um 30 Tage**

Hunderte Kosovo-Serben protestieren am Grenzübergang zu Serbien gegen eine geplante Neuregelung für die Einreise ins Nachbarland. Die Regierung von Ministerpräsident Albin Kurti setzte die geplante Maßnahme daraufhin vorübergehend aus. Die NATO-geführte Schutztruppe KFOR bezeichnete die Sicherheitslage vor Ort derweil als angespannt.

Die Regierung der abtrünnigen serbischen Provinz Kosovo hat angesichts der eskalierenden Spannungen an der Grenze zwischen Serbien und dem Kosovo zugesagt, die Einführung des umstrittenen Verbots serbischer Nummernschilder und Ausweispapiere vorerst zu verschieben. In Zusammenarbeit mit internationalen Bündnispartnern verspreche seine Regierung, die Umsetzung um 30 Tage auszusetzen, erklärte Ministerpräsident Albin Kurti am frühen Montagmorgen auf Twitter.

Die vorläufige Verschiebung der Maßnahme sei jedoch an die Forderung gebunden, dass alle serbischen Barrikaden in der Region entfernt und eine komplette Freizügigkeit wiederhergestellt würden, so Kurti weiter. Der Kosovo hatte Serbien am Sonntag beschuldigt, Unruhen zu schüren und zu versuchen, die "Rechtsstaatlichkeit" in der abtrünnigen Provinz zu untergraben. In einer am Sonntag veröffentlichten Videobotschaft behauptete Kurti, dass "illegale serbische Strukturen im Norden begonnen haben, Straßen zu blockieren und Gewehre auf die Sonderpolizei von Pristina abzufeuern", noch bevor diese an der Verwaltungsgrenze zu Serbien eingesetzt wurde.

**Proteste gegen freiheitseinschränkende Maßnahmen**

Die Serben im Norden der abtrünnigen Provinz hatten zuvor Straßensperren errichtet und die Alarmglocken läuten lassen, nachdem schwer bewaffnete Sondereinsatzkräfte des Kosovo die Kontrolle über zwei Grenzübergänge zu Serbien übernahmen. Zu den Spannungen kam es demnach, weil die kosovarischen Behörden an den Grenzübergängen keine serbischen Personaldokumente und Nummernschilder mehr anerkennen wollten. Von der Maßnahme betroffene Serben müssen sich an der Grenze künftig ein provisorisches Dokument ausstellen lassen.

https://pbs.twimg.com/media/FZD23M8WIAAF1-D?format=jpg&name=small
Sowohl die örtlichen Serben als auch Belgrad erhoben daraufhin Einspruch dagegen und verwiesen darauf, dass Pristina seinen Verpflichtungen zur Achtung der Bürger- und Menschenrechte der Serben wiederholt nicht nachgekommen sei. Kurti hingegen machte den serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić und dessen Kosovo-Beauftragten Petar Petković für die "aggressiven Aktionen" und "Drohungen" aus Belgrad verantwortlich.
Die Entscheidung, den Start der geplanten Maßnahmen im Grenzverkehr nun auf den 1. September zu verschieben, habe der Kosovo nach Angaben der Regierung nach Rücksprache mit US-amerikanischen und europäischen Vertretern gefällt. Zuvor hatten sich der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sowie der US-Botschafter im Kosovo, Jeff Hovenier, für einen Aufschub dieser ausgesprochen. Die Verschiebung der Maßnahmen sei aufgrund von "Fehlinformationen und Missverständnissen" über die Art der Maßnahmen notwendig, erklärte Ministerpräsident Kurti am Montag. Gleichzeitig betonte er jedoch, dass Europa und die USA lediglich um eine Verschiebung, nicht aber um eine Annullierung der Maßnahmen gebeten hätten.

**Borrell begrüßt Entscheidung des Kosovo**

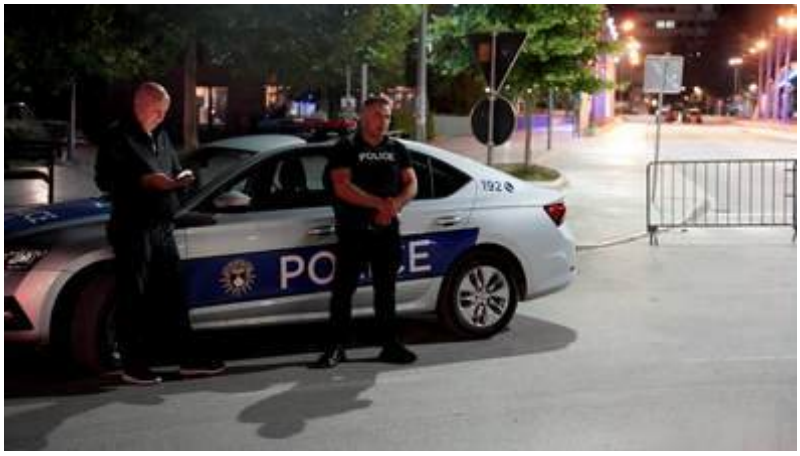
Borrell begrüßte unterdessen die Verschiebung der Maßnahmen. Er erwarte, dass "alle Blockaden sofort entfernt werden", schrieb er am frühen Montagmorgen auf Twitter. Noch offene Probleme sollten stattdessen über einen von der EU vermittelten Dialog gelöst werden. Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien sei essenziell für deren Weg in die Europäische Union.
Russland, das als Verbündeter Serbiens gilt, sieht die Kosovo-Politik der Europäischen Union indes hingegen als gescheitert an. Die Sprecherin des Außenministeriums in Moskau, Maria Sacharowa, erklärte am Sonntagabend:

"Eine solche Entwicklung der Ereignisse ist ein weiterer Beweis für das Scheitern der Vermittlungsmission der Europäischen Union."

**NATO: Sind bereit, bei Bedarf einzugreifen**

Angesichts der ausufernden Spannungen im Kosovo hatte die Kosovo-Truppe der NATO (KFOR) am Sonntag erklärt, dass sie die Situation genau beobachte und gemäß ihres Mandats auch bereit sei "einzugreifen, sollte die Stabilität gefährdet sein". Die NATO-geführte Mission konzentriere sich jeden Tag darauf, ein sicheres Umfeld und Bewegungsfreiheit für alle Menschen im Kosovo zu garantieren.

Die NATO besetzte den Kosovo im Jahr 1999 – nach einem 78-tägigen Luftkrieg gegen das damalige Jugoslawien. 2008 erklärte die Provinz mit westlicher Unterstützung ihre Unabhängigkeit. Die USA und die meisten ihrer Verbündeten haben sie anerkannt, Serbien, Russland, China und die UNO im Allgemeinen jedoch nicht. Im Rahmen der internationalen Mission ist auch die Bundeswehr seit 1999 im Kosovo stationiert.




https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e762fd48fbef40ae1a29e9.jpg

*Polizisten errichten Straßenabsperrungen in der Stadt Mitrovica im Norden des Kosovo, während in der Stadt Sirenenalarm zu hören ist*

11:52 de.rt.com: **DVR-Volksmiliz: Mehr als 30 ukrainische Militärangehörige binnen 24 Stunden getötet**

Die Volksmiliz der DVR hat in einer Erklärung auf ihrem Telegram-Kanal mitgeteilt, dass sie gemeinsam mit den russischen Streitkräften in der Nacht mehr als 30 ukrainische Soldaten getötet, zwei Grad-Mehrfachraketenwerfersysteme vernichtet sowie zwei Feuerstellungen zerstört habe.

Die Feuerstellungen der ukrainischen Truppen sollen sich nahe Awdejewka und Newelskoje befunden haben.

**nachmittags:**

13:14 (12:14) novorosinform.org: **Die Forderungen des Kosovo an Serbien sind absolut unbegründet – Peskow**

Die russischen Behörden unterstützen Belgrad, betrachten die serbische Position als „konstruktiv“ und erwarten vom Kosovo Besonnenheit, sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, in einem Interview mit Reportern.

„Wir unterstützen Serbien uneingeschränkt. Wir stehen an der Seite der Kosovo-Serben und sind der Meinung, dass diese Forderungen völlig ungerechtfertigt sind.“, sagte Peskow in einer Erklärung gegenüber RIA Novosti.

Er fügte hinzu, dass die Verschärfung der Situation im Moment vermieden werden konnte, aber in einem Monat könne sie wieder aufgenommen werden und „den Punkt erreichen, an dem es kein Zurück mehr gibt“. Daher sollten laut Dmitri Peskow bei solchen Entscheidungen

bilaterale Umsicht gezeigt und die Rechte aller Serben berücksichtigt werden.
Peskow betonte, dass der Kreml die Position des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić unterstütze, und forderte die Garantieländer, die das Kosovo anerkannten, auf, ihren gesamten Einfluss geltend zu machen, um die lokalen Behörden vor "unüberlegten Schritten" zu warnen.

https://www.novorosinform.org/content/images/00/53/50053_720x405.jpg

12:18 de.rt.com: **Sacharowa: Provokationen einstellen und Rechte der ethnischen Serben im Kosovo respektieren**
Die Regierung in Pristina verschlimmere die Lage absichtlich, um ein Gewaltszenario zu initiieren, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums. Ihr zufolge zeuge diese Entwicklung der Ereignisse vom "Scheitern der Vermittlungsmission der Europäischen Union".
Die Regierung in Pristina und ihre Unterstützer in Brüssel und Washington sollten ihre Provokationen einstellen und die Rechte der ethnischen Serben im Kosovo respektieren, kommentierte die russische Außenamtssprecherin Maria Sacharowa die jüngsten Entwicklungen im Kosovo.
Die Spannungen im überwiegend von Serben bewohnten Norden des Kosovo eskalierten, nachdem kosovarische Behörden angekündigt hatten, ab August Einreisenden aus Serbien vorläufige Dokumente auszustellen und serbische Autokennzeichen durch kosovarische zu ersetzen. Daraufhin hatten militante Serben Barrikaden errichtet. Unbekannte hätten zudem Schüsse in Richtung kosovarischer Polizisten abgegeben, verletzt worden sei dabei niemand, sagte die Polizei in Pristina am späten Sonntagabend. In der Nacht auf Montag beschlossen die Behörden des Kosovo, die Neuregelung auf den 1. September zu verschieben.
Die Entscheidung der Behörden, diskriminierende "Regeln" über den erzwungenen Ersatz von Personaldokumenten der serbischen Bevölkerung anzuwenden, sei ein weiterer Schritt zur Vertreibung der serbischen Bevölkerung aus dem Kosovo, sagte die Sprecherin des Außenministeriums. Ministerpräsident Albin Kurti eskaliere absichtlich, um ein bewaffnetes Vorgehen zu starten. Nicht nur gegen die Serben im Kosovo, sondern auch gegen Belgrad, das der Westen "durch kosovo-albanische Hände neutralisieren" wolle, fügte Sacharowa hinzu.
Ihr zufolge seien die Entwicklungen im Kosovo ein Beweis für das Scheitern der Vermittlungsmission der Europäischen Union:
"Dies ist auch ein Beispiel dafür, welcher Platz für Belgrad in der Europäischen Union vorbereitet wurde, indem Belgrad de facto angeboten wurde, die Gesetzlosigkeit seiner Landsleute zu ertragen".
Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte am Montag, Russland unterstütze Belgrad in diesem Konflikt voll und ganz. Die Rechte der Serben im Kosovo müssten respektiert werden. Es sei nun wichtig, Besonnenheit zu bewahren.
Serbiens Präsident Aleksandar Vučić betonte, sein Land habe sich "noch nie in einer so schwierigen Situation wie heute" befunden. Die Behörden in Pristina versuchten, die Lage in

der Welt auszunutzen, um einen Konflikt zu initiieren, während sie sich selbst als Opfer darstellten, erklärte er.
Das Kosovo wurde im Jahr 1999 nach einem 78-tägigen Luftkrieg gegen Jugoslawien von der NATO besetzt. Die albanische Regierung in Pristina erklärte im Jahr 2008 ihre Unabhängigkeit, diese wurde jedoch weder von Serbien, Russland, China noch von der UNO anerkannt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e79764b480cc22e155797f.jpg

12:26 de.rt.com: R**ussischer Vize-Premierminister: Asowstal wird zum Technologiepark**
Das Werk Asowstal in Mariupol soll zu einem Technologiepark werden, das zur Erhaltung von Arbeitsplätzen beitragen soll, so der Vize-Premierminister Russlands Marat Chusnullin. Er erklärte der Wirtschaftszeitung RBK:
"Wir sehen den Wiederaufbau nicht in alten Technologien. Aber wir werden dort definitiv Arbeitsplätze schaffen, die die Stadt ernähren werden. Höchstwahrscheinlich wird es sich um einen Technologiepark mit Elementen der Verschönerung handeln. Wir sind gerade dabei, die Ausarbeitung der Pläne abzuschließen."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62e777e1b480cc22e77a338f.jpg
*Das zerstörte Asowstal-Werk in Mariupol, DVR*

12:54 de.rt.com: **Revolutionsgarde-Chef: Macht der USA schwindet**
Der Chef der Iranischen Revolutionsgarde stellte den rapiden Machtverlust der Vereinigten Staaten fest. Pro-US-Regime würden wie "Dominosteine" fallen, so Salami. Washington gerate zunehmend in Isolation.

Der Chef der Iranischen Revolutionsgarde hat in umfangreichen und scharfen Äußerungen das schwindende Vermögen der USA aufs Korn genommen und die jüngste US-amerikanische Außenpolitik im Nahen Osten als Fehlschlag bezeichnet.

Hussein Salami, Oberbefehlshaber des Korps der Islamischen Revolutionsgarde, machte sich in einer weitreichenden Rede, die er am Sonntag während einer Podiumsdiskussion mit anderen hochrangigen Vertretern der Revolutionsgarden hielt, über US-Präsident Joe Biden lustig und beklagte die "schwindende" Fähigkeit der USA, imperialistische Handlungen auszuführen.

Salami sagte, dass die Bemühungen, ein US-freundliches Regime zu errichten, "wie Dominosteine" fallen, da "Amerikas politisches Territorium … ein Scheitern erlebt". Die in den Ländern Afghanistan, Syrien und Ägypten gemachten Erfahrungen, so der hochrangige Beamte, "sind Zeichen, die die [totale] Niederlage der USA ankündigen", berichtete der iranische Sender Press TV.

Auch Bidens jüngste Reise nach Israel und Jeddah in Saudi-Arabien blieb von Salamis Kritik nicht verschont. Salami stellte mit offensichtlicher Zustimmung fest, dass "Biden die Region besuchte, um zu sagen, dass der Nahe Osten und die islamische Welt immer noch die Priorität seiner Außenpolitik sind, aber er kehrte mit leeren Händen nach Amerika zurück". Dann erteilte der Kommandeur eine kurze Lektion in geopolitischer Geschichte:

"Als die [islamische] Revolution siegte, hatte Amerika eine schreckliche und seltsame politische Kontrolle über mehr als die Hälfte der Welt. Es hatte auch wichtige, wirtschaftliche und strategische Teile der Welt. Es beherrschte die wirtschaftlichen Ressourcen der Welt – in der Region der islamischen Welt waren alle ölreichen Länder Teil seiner politischen Geografie."

Aber jetzt, sagte er, seien die USA in einem bisher nicht gekannten Ausmaß isoliert worden. "Saudi-Arabien, das Amerika früher mit Geld geholfen hat, ist heute nicht mehr in der Lage, seine eigenen wirtschaftlichen Probleme zu lösen" und "Amerika ist so schwach geworden, dass es im Nahen Osten praktisch nicht mehr gesehen wird."

Seit dem erfolgreichen Sturz des von den USA eingesetzten Schahs im Jahr 1979, erklärte Salami, "bestand die Aufgabe der [iranischen] Revolution darin, das stärkste Imperium in der Geschichte der Menschheit zu überwinden". In dieser Zeit sei der Anteil der USA an der "Wirtschaftsmacht der Welt" von 40 auf 20 Prozent gesunken, während ihr Besitz "der Hälfte der militärischen Macht der Welt" bis heute konstant geblieben sei.

Der iranische Befehlshaber war nicht der Einzige in Teheran, der das Verhalten der USA in der Region scharf kritisierte. Berichten zufolge äußerte sich der iranische Präsident Ebrahim Raisi während eines "einstündigen" Gesprächs am Samstag ähnlich empört, als er dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping mitteilte, dass der "Unilateralismus" der USA inzwischen zu einer "Bedrohung für den Weltfrieden und die Sicherheit" geworden sei.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e78a98b480cc22e77a3394.jpeg

*Hussein Salami, der Kommandeur der Iranischen Revolutionsgarde*

12:58 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zerstören zwei HIMARS Mehrfachraketenwerfer-Systeme und töten 53 Nationalisten in Charkow**
Wie das russische Verteidigungsministerium hat am Montag mitteilt, haben russische Streitkräfte zwei Abschussrampen US-amerikanischer HIMARS Mehrfachraketenwerfer-Systeme auf dem Gelände des ukrainischen Werks Energy Machines in Charkow mit Hochpräzisionsraketen zerstört. Dabei sollen 53 ukrainische Nationalisten und ausländische Söldner getötet worden sein.
Darüber hinaus hätten Hochpräzisionswaffen der russischen Luftabwehrtruppen einen vorübergehenden Aufmarschpunkt der 92. Mechanisierten Brigade nahe Charkow getroffen und bis zu 200 Nationalisten und sieben gepanzerte Fahrzeuge eliminiert.

https://cdnn21.img.ria.ru/images/07e6/06/02/1792558335_0:0:3640:2048_640x0_80_0_0_856f47f0d857152d001f5c1802f99f8c.jpg
*Amerikanisches hochmobiles Raketen- und Artilleriesystem für operativ-taktische Zwecke HIMARS*

13:27 de.rt.com: **Gasexporte nach China durch Power of Siberia-Pipeline steigen um über 60 Prozent**
Gasexporte aus Russland nach China durch die Power of Siberia-Pipeline stiegen in den vergangenen sieben Monaten um 60,9 Prozent, wobei die Lieferungen im Juli die vertraglich vereinbarten Tagesmengen überstiegen. Das teilte der russische Gaskonzern Gazprom mit. Insbesondere im Juli überstiegen die Lieferungen regelmäßig die vertraglich vereinbarten Tagesmengen und übertrafen den historischen Rekord des täglichen Exportvolumens um das Dreifache, so das Unternehmen in einer Erklärung.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62e7abb6b480cc12ed40ddda.jpg

13:52 de.rt.com: **Charkow: Ukrainische Streitkräfte beschießen Bezirk Saltowka**
Beim Beschuss des Bezirks Saltowka im Gebiet Charkow durch ukrainische Streitkräfte wurden zwei Menschen verletzt. Dies berichtet die vorübergehende Zivilverwaltung des Gebietes Charkow am Montag auf Telegram. In der Mitteilung heißt es:
"Die Ukronazis haben heute Morgen Saltowka schwer beschossen. Zwei Personen wurden verletzt, eine an einer Haltestelle für öffentliche Verkehrsmittel und eine weitere im Hof eines Hauses."
Am Sonntag setzten die ukrainischen Streitkräfte im Norden des Gebietes Charkow in der Nähe des Dorfes Tokarewka mit Antipersonenminen gefüllte Streumunition ein.

14:30 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zerstören Harpoon-Abschussrampe im Gebiet Odessa**
Das russische Militär hat eine Abschussvorrichtung des US-Schiffsabwehrkomplexes Harpoon im Gebiet Odessa zerstört. Das verkündete Generalleutnant Igor Konaschenkow, der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Montag. Laut TASS erklärte er:
"Eine Abschussrampe des US-Anti-Schiffs-Raketensystems Harpoon wurde in der Nähe der Siedlung Weliki Dalnik im Gebiet Odessa zerstört."
Konaschenkow fügte hinzu, dass die russische Armee ihre Angriffe mithilfe taktischer Flugzeuge, der Raketentruppen und Artillerie auf militärische Einrichtungen in der Ukraine fortsetze. Im Laufe des Tages seien zwei Munitionsdepots nahe der Siedlungen Sewersk und Kaleniki der Volksrepublik Donezk sowie ein Ausrüstungszentrum zur Versorgung der ukrainischen Armee mit Treib- und Schmierstoffen nahe der Stadt Nikopol zerstört worden. Außerdem seien feindliche Soldaten und militärische Ausrüstung in 239 Ortschaften eliminiert worden.

16:07 (15:07) novorosinform.org: **Massenflucht in zwei Brigaden der Streitkräfte der Ukraine – Verteidigungsministerium**
Vor dem Hintergrund schwerer Verluste desertieren Soldaten der Streitkräfte der Ukraine massenhaft von ihren Stellungen.
In der 93. mechanisierten Brigade der Streitkräfte der Ukraine in Richtung Charkow und in der 128. Bergangriffsbrigade in Richtung Saporoschje gibt es viele unwiederbringliche Verluste.
Aus diesem Grund habe die Zahl der Fälle von Desertion und unbefugter Aufgabe von Positionen in den Einheiten zugenommen, sagte der offizielle Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow.
Die meisten ukrainischen Kämpfer fliehen in die zentralen und westlichen Regionen der Ukraine.
Darüber hinaus berichtete Konaschenkow, dass zwei HIMARS MLRS-Installationen durch einen Präzisionsstreik in Charkow deaktiviert wurden, zudem seien 52 Nationalisten und ausländische Söldner vernichtet worden.

15:22 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik wird den Fall von fünf weiteren ausländischen Söldnern prüfen, die sich in Mariupol ergeben haben**
Der Oberste Gerichtshof der Donezker Volksrepublik (DVR) wird sich in einem Strafverfahren mit einem Schweden, einem Kroaten und drei britischen Staatsangehörigen befassen, die dem nationalistischen Regiment Asow und anderen bewaffneten Formationen angehörten und in Mariupol, unter anderem im Stahlwerk Asowstal, gefangen genommen wurden. Der Pressedienst des Gerichts stellte am Montag gegenüber TASS klar, dass das

Datum einer Anhörung zum Verfahren und das Format der Sitzungen noch nicht festgelegt seien.
Ein Vertreter der Justizbehörde erklärte, dass ein Strafverfahren gegen die Ausländer Matthias Gustavsson, Vekoslav Prebeg, John Harding, Dylan Healy und Andrew Hill, die des Söldnerwesens angeklagt sind, eingeleitet wurde.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62e7b6ba48fbef5496213798.jpg
*Ein Polizeifahrzeug verlässt das Gelände eines Gerichtsgebäudes in Donezk*

15:56 de.rt.com: **Ukraine hofft weiter auf "Wunderwaffen" und bestätigt, Mehrfachraketenwerfer MARS II von der Bundeswehr erhalten zu haben**
Laut verschiedener Medienberichte und Meldungen in sozialen Netzwerken hat die Ukraine bereits Mehrfachraketenwerfer des Typs MARS II aus Deutschland erhalten. Nachdem in der letzten Woche von deutscher Seite die Lieferung bestätigt wurde, erfolgte nun eine entsprechende Bestätigung seitens des ukrainischen Militärministers. Vergangene Woche meldete dpa, dass es sich um drei Einheiten dieser Waffen gehandelt habe.
Wie die ukrainische Agentur UNIAN schreibt, hat der ukrainische Amtskollege von Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD), Alexej Resnikow, indessen auf Twitter die Ankunft der MARS II-Mehrfachraketenwerfer in der Ukraine verkündet und den deutschen Behörden dafür gedankt. Euphorisch twitterte Resnikow:
„Unsere Artilleristen grüßen unsere deutschen Partner!"
Bedauernd stellt die ukrainische Nachrichtenagentur fest, dass Deutschland ursprünglich vier Mars-II-Systeme an die Ukraine hätte liefern sollen, "doch später wurden nur drei Einheiten dieser Waffen geliefert". Das Portal Business Insider hätte erfahren, dass man beschlossen habe, der ukrainischen Seite weniger Mars-II-Mehrfachraketenwerfer zu übergeben, weil die Munition fehle.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e7cbc348fbef5c5732f542.jpg
*Ein MARS-II-Raketenwerfer der Bundeswehr beim Abschuss; die ukrainische Bildbeschriftung lautet übersetzt: "Waffen des Sieges – Mehrfachraketenwerfer MARS II" (Screenshot)*

16:09 de.rt.com: **Chinesische und taiwanesische Medien spekulieren über möglichen Taiwan-Besuch Pelosis**

Eigentlich taucht die Insel Taiwan in der Liste der offiziellen Ziele der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi nicht auf. Aber sie selbst hatte vor ihrer Abreise Spekulationen über einen möglichen Besuch auf der Insel in Gang gesetzt.

Das Flugzeug mit der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi an Bord könnte versuchen, in Taiwan zu landen, obwohl die Insel nicht zu den offiziell angekündigten Zielen ihrer Asienreise gehört. Davor hat die parteinahe chinesische Zeitung Global Times gewarnt, die am Sonntag unter Berufung auf chinesische Analysten schrieb:

"Es ist immer noch möglich, dass Pelosi einen riskanten und gefährlichen Schritt machen will, indem sie versucht, auf einem taiwanesischen Flughafen zu landen, und dabei Notausreden wie einen Flugzeugfehler oder eine Betankung anführt."

Aufgrund dieses Risikos "sollten die chinesischen Militärpatrouillen, Radarerfassungen und entsprechenden Übungen in den kommenden Tagen in höchster Alarmbereitschaft bleiben", so die Zeitung weiter.

Die Global Times wies jedoch darauf hin, dass die chinesische Volksbefreiungsarmee ihr Flugzeug schützen und sie auf Flughäfen in der chinesischen Stadt Sansha in der Provinz Hainan im Südchinesischen Meer oder auf anderen Flughäfen, die professionelle Dienste und Hilfe leisten könnten, auf dem chinesischen Festland landen lassen könnte, falls Pelosi "wirklich Probleme" haben sollte. Dies werde aber nur geschehen, "solange das Flugzeug der Sprecherin von Chinas Taiwan fernbleibt", heißt es weiter.

Obwohl die USA auf dem Papier mit der Ein-China-Politik einverstanden sind, unterhalten sie inoffiziell enge Beziehungen zu der 23,5 Millionen Einwohner zählenden Insel, verkaufen Waffen an die Inselbehörden und unterstützen unter der Hand deren Streben nach Eigenständigkeit.

Peking, das über diese Kontakte zunehmend beunruhigt ist, hat verärgert auf Medienberichte reagiert, wonach Pelosi, die protokollarisch an dritter Position der USA rangiert, eine unangekündigte Reise nach Taiwan unternehmen könnte.

China hat den USA mit "unerträglichen Konsequenzen" gedroht, falls der Besuch der Sprecherin stattfinden sollte, wobei einige chinesische Analysten sogar die Anwendung von Gewalt gegen die Insel als Reaktion auf die "Provokation" befürworteten.

Auf der Liste der Ziele ihrer Asienreise, die Pelosi am Sonntag ankündigte, fehlte Taiwan jedoch. "Hochrangige Treffen" seien in Singapur, Malaysia, Südkorea und Japan geplant, schrieb sie auf Twitter.

Derweil meldete ein taiwanesischer Fernsehsender, dass Pelosi möglicherweise am Dienstag in Taiwan eintreffen werde. Für die US-Delegation, die von einem der höchsten Beamten des Landes angeführt wird, seien Reservierungen in einem Fünf-Sterne-Hotel vorgenommen worden, wie TVBS News unter Berufung auf Quellen meldete.

Dem Bericht zufolge werde Pelosi mit ihrem Gefolge im Grand Hyatt Hotel in Taipehs östlichem Regierungsbezirk Xinyi untergebracht. Entsprechende Sicherheitsvorkehrungen seien getroffen worden, um ihre Sicherheit zu gewährleisten, so die Quelle. Auch in einem anderen Hotel im Bezirk Zhongshan seien Reservierungen vorgenommen worden, heißt es in dem Bericht weiter.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e7cf6f48fbef57da76c437.jpg
*Die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi*

16:25 **de.rt.com: Ukraine erhält vier weitere HIMARS-Raketenwerfer**
Die Ukraine hat vier weitere Mehrfachrakentenwerfer vom Typ HIMARS aus US-amerikanischer Produktion erhalten. Dies bestätigte Kiews Verteidigungsminister Alexei Resnikow in einer Twittermeldung. Darin dankte er außerdem seinem US-amerikanischen Amtskollegen Lloyd Austin und behauptete, die Ukraine hätte sich als "geschickter Anwender" dieser Waffen bewährt. "Das Geräusch einer HIMARS-Salve wurde zum Top-Hit dieses Sommers an den Frontlinien", brüstete sich Resnikow.
Die bereits gelieferten HIMARS-Raketenwerfer hatte Kiew unter anderem zum Beschuss von Städten im Donbass, die zuvor nicht erreicht werden konnten, eingesetzt. Ebenso wurde die Untersuchungshaftanstalt, in der die gefangenen Angehörigen des Asow-Regiments einsaßen, unter Einsatz von HIMARS angegriffen.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 1. August 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.
In Mariupol, Wolodarskoje und Wolnowacha wurden Arbeiten zum Anschluss von Verbrauchern an das Telekommunikationsnetz vorgenommen.
In Mariupol geht der Bau von Wohnkomplexen weiter:
- im Oktjabrskij-Bezirk an der Kreuzung von Uliza Lenina und Uliza Kruprina 10 neunstöckige Häuser, 12 fünfstöckige Häuser;
- im Primorskij-Bezirk an der Kreuzung Uliza Irtyschskaja und Uliza Jaltinskaja – 9 neunstöckige Häuser.
Zivilschutzkräfte haben mehr als 14 Hektar Territorium untersucht und 103 explosive Objekte entschärft.
Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.
So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk, Luganskoje, Makejewka, Pantelejmoniwka und Jassinowataja abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.
Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.
Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu

wenden.

17:40 de.rt.com: **Andrei Melnyk hat seinen Nachfolger gefunden: Ukrainischer Botschafter in London fordert von Russland die Rückgabe eines Teils des Vermögens der UdSSR**
Wie RIA Nowosti berichtet, erhebt Kiew Anspruch auf einen Teil des ausländischen Eigentums, das nach der Übernahme der Schulden der Sowjetunion an Russland übertragen wurde, so der ukrainische Botschafter im Vereinigten Königreich, Wadim Pristajko, in einem Interview mit dem ukrainischen Portal Suspilne Nowyny.
"Wir fordern nun, dass Russland mindestens ein Drittel des im Ausland befindlichen Materials zurückgibt. Insbesondere die Räumlichkeiten, die sich im Vereinigten Königreich befinden und unserer Meinung nach unrechtmäßig für die Russische Föderation registriert wurden", so der Diplomat.
Gleichzeitig räumte er ein, dass das sowjetische Eigentum erst an Russland ging, nachdem es sich verpflichtet hatte, die Schulden der UdSSR zu begleichen.
"Die Ukraine hat dem zugestimmt, aber die Dokumente nicht ratifiziert", rechtfertigte der Botschafter den Anspruch Kiews auf das ehemalige sowjetische Eigentum.
Der Vorsitzende der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, reagierte auf die Erklärung Pristajkos. Seiner Meinung nach kann diese Forderung als Bankrott des Kiewer Regimes betrachtet werden. Und bevor sie Ansprüche beliebiger Art erhebt, hätte die Ukraine einen Teil der riesigen Schulden der UdSSR übernehmen müssen, die Russland vollständig bezahlt hat, fügte Wolodin hinzu.
1993 hatte sich Russland verpflichtet, die Schulden aller ehemaligen Sowjetrepubliken zu begleichen, in der Erwartung, dass diese ihm das Auslandsvermögen der untergegangenen Sowjetunion überlassen würden (das sogenannte "Null-Option"-Abkommen). Wladimir Putin wies darauf hin, dass die Ukraine ihre Verpflichtungen zum Transfer von Vermögenswerten noch nicht erfüllt hat.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e7ec8748fbef23040e994e.jpg
*Der ukrainische Botschafter im Vereinigten Königreich, Wadim Pristajko, während der "Sunday Morning Show" der BBC in London, 27. Februar 2022*

Dan-news.info: „Nach einer Prognose werden die allgemeinbildenden Einrichtung auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik, das vor dem Beginn der Befreiungsoperation kontrolliert wurde, von 140.000 Schülern besucht werden; auf den befreiten Territorien von 28.500 Schülern“, teilte das Bildungs- und Wissenschaftsministerium der DVR mit.
Ab diesem Schuljahr wird in den Schulen der DVR, auch denen in den von der ukrainischen Besatzung befreiten Bezirken, nach den neuen Bildungsstandards der RF unterrichtet werden.

17:51 de.rt.com: **"Glück auf" – Erster Energiekonzern schaltet deutsches**

**Steinkohlekraftwerk wieder ans Netz**

Um die Stromversorgung in Deutschland trotz verminderter Gaslieferungen aus Russland zu sichern, dürfen auch zuvor stillgelegte Steinkohlekraftwerke vorübergehend wieder ans Netz. Die Betreiberfirma EPH macht jetzt offenbar im niedersächsischen Mehrum den Anfang und will das stillgelegte Kraftwerk dort kurzfristig wieder hochfahren.

Angesichts der sich anbahnenden Energiekrise in Deutschland infolge gedrosselter Gaslieferungen aus Russland hatte der Bundesrat Anfang Juli das Wiederhochfahren bereits geschlossener Kohlekraftwerke gebilligt. Nun soll das erste der in Reserve stehenden Kraftwerke wieder angefahren werden. Wie die Bundesnetzagentur am Montag mitteilte, handelt es sich demnach um das Kraftwerk Mehrum im niedersächsischen Landkreis Peine, das dem tschechischen Energiekonzern EPH gehört.

Mehrum befindet sich seit Anfang Dezember 2021 in der Reserve, erklärte Kathrin Voelkner, die kaufmännische Leiterin der Betreibergesellschaft EPH, der Nachrichtenagentur dpa. " Wir haben die Rückkehr an den Strommarkt erklärt. Wir gehen davon aus, dass wir kurzfristig ans Netz zurückkehren." Mit einer Nettonennleistung von 690 Megawatt ist das Kohlekraftwerk nach Angaben der Betreibergesellschaft demnach dazu in der Lage, den Strombedarf von mehr als 500.000 Haushalten zu decken.

Hintergrund ist eine neue Verordnung der Bundesregierung, die Kraftwerksbetreibern in Deutschland seit dem 14. Juli erneut den Verkauf von Strom aus Reservekraftwerken erlaubt, die mit Steinkohle oder Öl befeuert werden. Mit der Maßnahme soll demnach der Erdgas-Anteil an der Stromerzeugung in Deutschland gesenkt werden, der im Juni laut Bundesnetzagentur noch bei 11,2 Prozent lag. Von der Maßnahme betroffene Kraftwerke können dann bis Ende April 2023 befristet an den Strommarkt zurückkehren. Neben den Steinkohle- und Öl-Kraftwerken sollen nach den Plänen des Bundeswirtschaftsministeriums ab Oktober zudem auch bereits stillgelegte Braunkohlekraftwerke erneut ans Netz gehen dürfen. Hierzu teilte ein Sprecher des Ministeriums vergangene Woche mit:

"Die Verordnung wird aktuell vorbereitet und tritt dann in Kraft, wenn sich abzeichnet, dass noch mehr Gas bei der Stromerzeugung eingespart werden muss."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e791c3b480cc22e1557975.jpg

*(Das niedersächsische Steinkohle-Kraftwerk Mehrum soll helfen, die Folgen der Energiekrise abzufedern.)*

**Lindner will bei Stromproduktion komplett auf Gas verzichten**

Das sind Pläne, die Christian Lindner (FDP) jedoch noch nicht weit genug gehen. Mit Blick auf die verringerten Gaslieferungen aus Russland hatte der Bundesfinanzminister am Wochenende gefordert, bei der Stromerzeugung künftig gar komplett auf Gas zu verzichten. "Wir müssen daran arbeiten, dass zur Gaskrise nicht eine Stromkrise kommt", sagte der FDP-Politiker der Bild-Zeitung (Sonntagsausgabe). Deshalb dürfe "mit Gas nicht länger Strom produziert werden, wie das immer noch passiert", so Lindner: "Robert Habeck hätte die gesetzliche Ermächtigung, das zu unterbinden."

Mit seiner Forderung löste der Finanzminister eine Kontroverse innerhalb der Bundesregierung aus. Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck (Bündnis 90 /Die Grünen) erwiderte daraufhin, dass ein völliger Verzicht auf Gas im Stromsektor lediglich zur Stromkrise und zu Blackouts führe. "Es gibt systemrelevante Gaskraftwerke, die mit Gas versorgt werden müssen. Bekommen sie kein Gas, kommt es zu schweren Störungen. Das ist leider die Realität des Stromsystems, die man kennen muss, um die Versorgungssicherheit herzustellen."

**Deutschland droht der Blackout**

Das sind technisch begründete Befürchtungen, mit denen Habecks Sprecher nicht falsch liegt. In Deutschland sind gar nicht viele Faktoren nötig, um beim Zusammentreffen das empfindliche System zum kompletten Absturz zu bringen. Auch wenn Gas vor dem Hintergrund eines möglichen Lieferstopps nicht länger zur Verfügung stehen sollte, muss das europäische Stromnetz stets ausglichen funktionieren. Wird diese Balance nicht durch eine Konstanz bei 50 Hertz Netzfrequenz stabil gesichert, drohen flächendeckend Stromausfälle. Bei einer zu starken Abweichungen der Netzfrequenz vom Idealwert droht sogar der Zusammenbruch der Stromversorgung – ein Blackout.

Sobald wegen eines Unterangebots von Elektroenergie die Netzfrequenz einen Wert von 47,5 Hertz unterschreitet, würden sämtliche Kraftwerke im Einflussbereich dieser Netzschwankung damit beginnen, sich selbstständig abzuschalten – und zwar europaweit. Ein schnelles Wiederhochfahren des komplexen kontinentalen Systems ist dann nicht mehr möglich. Europa wäre zurück in der Steinzeit. Fiele der Strom nur ein paar Tage über mehrere Länder hinweg aus, käme die menschliche Zivilisation schnell an ihre Grenzen, weil etwa die Trinkwasserversorgung zusammenbrechen und die Versorgung auch mit Dieselkraftstoff für die Notstromaggregate problematisch werden würde.

So fühlte sich mit Blick auf die Folgen des Ukraine-Kriegs nicht nur die Bundesnetzagentur mehrfach dazu genötigt, von der Bundesregierung einen Notfallplan zur Energiesicherheit zu fordern. Auch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz in Bonn warnt in seiner aktuellen Übersicht mitunter auch deswegen erneut, dass Deutschland eine durch einen Stromausfall verursachte Katastrophe drohe, wenn man das Problem mit der unsicheren Energieversorgung nicht in den Griff bekomme.

**Kohlekraftwerksbetreibern winken hohe Gewinne**

Und während sich staatliche Behörden und politische Entscheidungsträger derzeit weiter über geeignet erscheinende Maßnahmen streiten, welche die Energiesicherheit Deutschlands sichern sollen, freuen sich die Betreiber von Kohle- und Ölkraftwerken indessen über die zusätzlichen Einnahmequellen, die den Konzernen durch das Wiederanfahren der zuvor stillgelegten Kraftwerke winken. Wieder mehr Strom verkaufen will deshalb auch der Essener Energiekonzern Steag. Man habe die "feste Absicht", mit 2.300 Megawatt Erzeugungsleistung in den Markt zurückzukehren, erklärte Unternehmenssprecher Markus Hennes. Das betreffe zwei Blöcke im Saarland, die bereits in der Reserve sind, und zwei weitere Blöcke im Saarland und in Nordrhein-Westfalen, die Ende Oktober eigentlich stillgelegt werden sollten. Daneben prüft auch das Düsseldorfer Energieunternehmen Uniper, seine Reserveanlagen, die zusammen über eine Leistung von insgesamt mehr als 2.000 Megawatt verfügen, wieder ans Netz anzuschließen. Noch sei aber keine Entscheidung gefallen, sagte Unternehmenssprecher Oliver Roeder. "Leider kann auch momentan nicht gesagt werden, wann es zu einer Entscheidung kommt, da unter anderem noch technische, organisatorische und betriebswirtschaftliche Probleme zu lösen sind." Das Wiederanfahren für mehrere Monate ist für Kraftwerksbetreiber deshalb wirtschaftlich so interessant, weil auf dem Markt derzeit hohe Preise im Strom-Großhandel herrschen. Gleichzeitig ist ausreichend Steinkohle auf dem Weltmarkt vorhanden, was den Betreibern eine hohe Gewinnspanne beim Verkauf ihrer somit recht günstig produzierten Elektroenergie garantiert.

**Wiederanfahren der Kraftwerke nicht so einfach wie gedacht**

Der Karlsruher Energiekonzern EnBW will seine fünf Reservekraftwerke hingegen nicht zurück an den Markt bringen, da sie aus Altersgründen nicht mehr ununterbrochen laufen könnten. Angesichts der durch die Bundesregierung beschlossenen Zwangsstilllegungen ihrer Kraftwerke vor wenigen Jahren sahen sich viele Kraftwerksbetreiber damals zudem gezwungen, den ihnen daraus entstandenen wirtschaftlichen Schaden zu mindern. Es folgten deshalb Entlassungen, und diverse für den Betrieb der Anlagen benötigte Teile wurden ins Ausland verkauft. Ein kurzfristiges Hochfahren ihrer Kraftwerke ist vielen Betreibern schon allein deshalb heute nicht mehr möglich.
So hatte der Energiekonzern Vattenfall bereits Anfang Juli angekündigt, sein stillgelegtes Kohlekraftwerk Moorburg – im Gegensatz zu den Forderungen der Bundesregierung – nicht wieder anzufahren. "Als Kohlekraftwerk darf es nach den geltenden Regularien nicht mehr betrieben werden, und es wäre technisch und wirtschaftlich auch nicht vernünftig darstellbar", hatte eine Sprecherin von Vattenfall der dpa vor wenigen Wochen erklärt. Deshalb bereite Vattenfall auch weiter den Rückbau des Kraftwerks im Hamburger Hafen vor. Die noch rund 90 Beschäftigten im Kraftwerk hätten demnach bereits damit begonnen, die Systeme zu entleeren, so die Sprecherin weiter. Zudem seien bereits Ersatz- und Reserveteile des Kraftwerks sowie Großkomponenten von Turbinen, Generatoren, Transformatoren und Messeinrichtungen verkauft worden. Ohne diese Teile sei ein Wiederanfahren des Kraftwerks ohnehin nicht möglich.
Daneben steht den Plänen der Bundesregierung auch ein gravierender Mangel an Fachkräften entgegen, da diese im Zuge der Schließungen etwa in Frührente geschickt wurden oder ihnen gekündigt werden musste. Angesichts der akuten Lage stößt auch dies nun bitter auf. Somit ist fraglich, ob das Wiederhochfahren von einigen Kohle- und Ölkraftwerken den drohenden Blackout überhaupt noch verhindern kann. Zwar konnten flächendeckende Stromausfälle bisher noch verhindert werden, allerdings nur knapp. Bis zur derzeitigen Eskalation des Ukraine-Kriegs konnte Deutschland mehr als ein Drittel des hierzulande benötigten Energiebedarfs durch Importe aus Russland decken.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e7f0f3b480cc28eb3daf43.jpg

Telegram-Kanal von dnronline.su: „Das, was in Mariupol im Rahmen der Entwicklung und des Wiederaufbaus erfolgt, erlaubt es uns zu sehen und zu fühlen, dass Russland kommt. Ich bin überzeugt, dass Mariupol in drei Jahren besser sein wird als vor dem Krieg“, erklärte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin in einer Sendung von Rossija 24.
Er kommentierte auch die Lage an der Kontaktlinie und teilte mit, dass die Einheiten der Volksmiliz der DVR sich in Peski verschanzt haben.
„Unsere Soldaten müssen jetzt ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um die Verteidigung zu durchbrechen und die Feuerpunkte des Gegners zu vernichten.
Die BFU terrorisieren die Zivilbevölkerung durch die Verminung von Wohngebieten mit „Lepestok“-Minen. Alle Schritte des ukrainischen Regime sind zuallerletzt auf die Interessen der friedlichen Einwohner gerichtet, besonders derer, die auf dem Territorium des Donbass

leben“, sagte das Republikoberhaupt.

**abends:**

18:02 de.rt.com: **Puschilin: Kiew will Bewohner des Donbass evakuieren, um künftiges Referendum zu diskreditieren**
Die russische Agentur TASS meldet, die ukrainischen Behörden hätten die "Zwangsevakuierung" der Bevölkerung aus der von ihnen kontrollierten Volksrepublik Donezk (DVR) angekündigt, um die Legitimität des Referendums über eine mögliche Angliederung der Republik an die Russische Föderation infrage zu stellen. Dies habe Denis Puschilin, der Chef der Donezker Volksrepublik, am Montag erklärt. Dem Fernsehsender Rossija 24 sagte Puschilin:
"Alle Schritte, die das ukrainische Regime unternimmt, sind die letzten, die darauf abzielen, die Interessen der friedlichen Zivilbevölkerung, insbesondere der Bevölkerung des Donbass, (zu schützen). Dabei verfolgt er (Präsident Wladimir Selenskij; Anm. d. Red.) mit solchen Äußerungen (zur Zwangsevakuierung; Anm. TASS) ganz klare Ziele. Dies sind einige Elemente der Störung, Versuche, die Legitimität des Referendums, das auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk abgehalten werden soll, (infrage zu stellen). Was (der ukrainische Präsident Wladimir; Anm. TASS) Selenskij zu erreichen versucht: Wenn diese bewohnten Gebiete befreit sind, wird er sagen: 'Und dort gab es keine Menschen, was für ein Referendum gab es dort? Dies ist eine Art Vorbereitung.'"
Zuvor hatte der Vorsitzende der Gesellschaftskammer der DVR, Alexander Kofman, gegenüber einem TASS-Korrespondenten erklärt, dass in der Republik Mitte September ein Referendum über die Zugehörigkeit zu Russland abgehalten werden könnte. Wie Puschilin zuvor in einem Interview mit TASS gesagt hatte, sollte die Entscheidung über einen möglichen Beitritt zur Russischen Föderation auf dem Willen der Einwohner der Republik beruhen.
Am 30. Juli hatte Selenskij erklärt, die ukrainische Regierung habe die Zwangsevakuierung der Bewohner des von Kiew kontrollierten Teils der Region Donezk beschlossen. Die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin Irina Wereschtschuk erklärte ihrerseits, dass eine Person, die sich weigert, evakuiert zu werden, "unterschreiben muss, dass sie alle Konsequenzen versteht und sich ihrer bewusst ist und persönlich für ihr Leben verantwortlich ist".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e7f49f48fbef5c5732f57d.jpg
*Denis Puschilin, Chef der Donezker Volksrepublik (DVR), im Gespräch mit Journalisten, 13. Juli 2022*

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 01.08.22**
**Am heutigen Tag hat der Gegner** nach Informationen des GZKK der DVR **mehr als 230**

**Geschosse** mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dabei **starb ein Zivilist, 2 wurden verletzt**. 8 Wohnhäuser wurden beschädigt.
Zusätzliche Informationen über verletzte friedliche Einwohner und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.
Zur Zeit geht ein Komplex von Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.
Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **4 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 12 verletzt** wurden.
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:40 de.rt.com: **Biden bietet Russland Gespräche über neues Abrüstungsabkommen an**
Der US-amerikanische Präsident Joe Biden hat erklärt, dass sein Land bereit sei, ein neues Abrüstungsabkommen auszuhandeln, das den im Jahr 2026 ablaufenden New START-Vertrag ersetzen soll. In einer Rede anlässlich der Eröffnung der Konferenz der Teilnehmerländer des Atomwaffensperrvertrags sagte er:
"Heute ist meine Administration bereit, zügig einen neuen Rahmenvertrag zur Waffenkontrolle auszuhandeln, um den New START-Vertrag zu ersetzen, der 2026 abläuft. Allerdings erfordern solche Verhandlungen einen willigen Partner, der in guter Absicht handelt."
Der US-Präsident beschuldigte Russland, den Frieden in Europa zerstört zu haben und forderte es gleichzeitig auf, Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Bezug auf Kernwaffenkontrolle zu demonstrieren. Außerdem rief er China zur Teilnahme an Abrüstungsverhandlungen auf.
Zuvor hatte Moskau die USA mehrmals dazu aufgerufen, den New START-Vertrag bedingungslos um weitere fünf Jahre zu verlängern, während Washington indessen neue Bedingungen, darunter eine Teilnahme Chinas an den Verhandlungen, auferlegte.

19:06 de.rt.com: **Russische Zentralbank verlängert Einschränkungen für Abhebung in Euro und Dollar**
Russische Kontoinhaber, die Bankkonten in Euro oder US-Dollar besitzen, dürfen weiterhin nur einen Höchstbetrag von 10.000 US-Dollar in Fremdwährung abheben. Die russische Notenbank verlängerte am Montag ihre Einschränkungen für den Devisenhandel um ein halbes Jahr.
Die russische Zentralbank hat ihre Beschränkungen für das Abheben von Bargeld in Euro und US-Dollar um weitere sechs Monate bis zum 9. März 2023 verlängert. Die Bank sei gezwungen, die Regeln aufrechtzuerhalten, da die derzeitigen Sanktionen es russischen Finanzinstituten verbieten, Bargeld aus westlichen Ländern zu erwerben, hieß es in einer Erklärung am Montag.
Die Regeln waren kurz nach Beginn des Ukraine-Krieges eingeführt worden. Russische Bürger, die Bankkonten in Euro oder US-Dollar besitzen, dürfen lediglich einen Höchstbetrag von 10.000 US-Dollar (beziehungsweise denselben Betrag in Euro) abheben. Der Restbetrag darf nur in Rubel abgehoben werden. Falls die Fremdwährung nach dem 9. März auf dem Konto eingegangen ist, wird sie nur in Rubel zum aktuellen Wechselkurs ausbezahlt.
Zudem gelten bis März nächsten Jahres weitere Einschränkungen für den Devisenkauf: Russische Banken dürfen nur noch Euro und US-Dollar an die Bevölkerung verkaufen, die nach dem 9. April 2022 in ihre Kassen gelangt sind. Andere Fremdwährungen werden ohne Einschränkungen verkauft.

Am 22. Juli hatte die Chefin der Zentralbank, Elwira Nabiullina, angekündigt, es bestehe kein Grund zur Annahme, dass sich der Zufluss von Bargeld ausländischer Währungen nach Russland verbessern werde. In diesem Zusammenhang signalisierte sie bereits, dass die Zentralbank gezwungen sein würde, die Beschränkungen zu verlängern.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e7dd4248fbef54962137da.jpg

19:11 de.rt.com: **Lugansker Volksmiliz: Ukrainische Armee evakuiert gewaltsam Zivilisten aus Artjomowsk**

Einer TASS-Meldung zufolge 'evakuiert' die ukrainische Armee gewaltsam Zivilisten aus Artjomowsk (Bachmut) und plündert Häuser, so der Sprecher der Lugansker Volksmiliz, Andrej Marotschko, am Montag.

"Wir beobachten die gewaltsame Evakuierung von Zivilisten aus Artjomowsk (durch die ukrainischen Streitkräfte; Anm. d. Red.). Es gab auch Fälle von Plünderungen mit Unterstützung der ukrainischen Militärkommandeure vor Ort, weil sie die Wertsachen der Zivilbevölkerung für ihre Kriegsbeute halten",

sagte Marotschko im russischen Sender „Perwy Kanal“.

Zuvor hatte die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin Irina Wereschtschuk erklärt, die ukrainischen Behörden beabsichtigten eine Zwangsevakuierung der Bewohner des Donbass. Sie erklärte, dass es in den von Kiew kontrollierten Gebieten keine Gas- und Stromversorgung mehr gebe, was im Winter eine Gefahr für die Zivilbevölkerung darstelle.

Am 30. Juli hatte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij bekannt gegeben, dass die Regierung die Zwangsevakuierung der Zivilbevölkerung aus dem von Kiew kontrollierten Teil der Region Donezk beschlossen habe.

Am heutigen 1. August hatte das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik (DVR), Denis Puschilin, erklär, die ukrainischen Behörden hätten die Zwangsevakuierung angekündigt, um die Legitimität des bevorstehenden Referendums in der DVR über den Anschluss an Russland infrage stellen zu können.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e8051a48fbef23040e9971.jpg

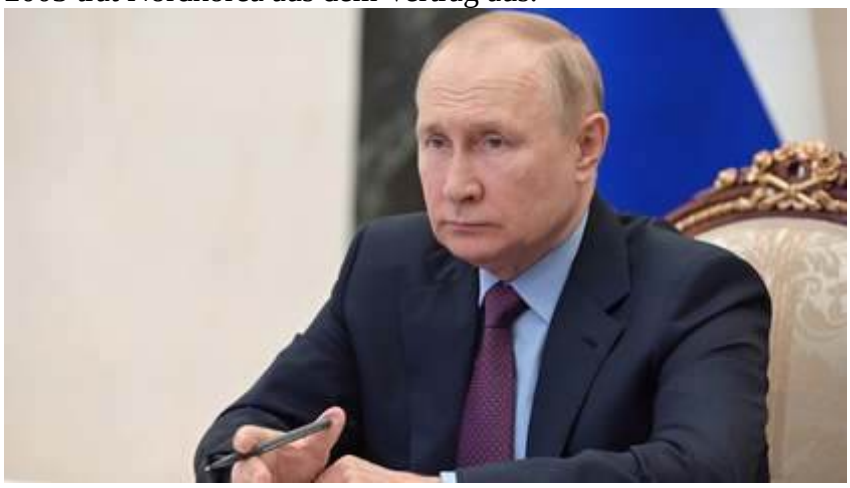
*Bewohnerinnen von Artjomowsk (Bachmut), 28. Juli 2022*

19:39 de.rt.com: DVR: **Getreideversorgung wird durch die kommende Ernte sichergestellt**
Die Versorgung der Donezker Volksrepublik mit Getreide wird im laufenden Jahr vollständig gedeckt, die kommende Ernte wird im Vergleich zum Vorjahr um 40 Prozent größer ausfallen. Dies meldete der Pressedienst des republikanischen Ministeriums für landwirtschaftliche Politik und Lebensmittelversorgung der DVR der Donezker Nachrichtenagentur (DAN):
"Nach vorläufigen Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums der DVR wird die Ernte von Getreide, darunter Weizen, als Ergebnis der Erntekampagne des Jahres 2022 die Werte des Vorjahres um über 40 Prozent übersteigen."
Nach Angaben von DAN waren in der DVR im Jahr 2021 etwa 389.000 Tonnen Getreide geerntet worden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/original/62e8076248fbef550a7d58c3.jpg
*Weizenernte in der Nähe von Makejewka in der Donezker Volksrepublik*

19:42 de.rt.com: **Wladimir Putin: "Einen Atomkrieg darf es nicht geben"**
Zu Beginn der Zehnten Überprüfungskonferenz der Teilnehmerstaaten des Atomwaffensperrvertrages hat der russische Präsident Wladimir Putin in einer Grußbotschaft die Bedeutung dieses Vertragswerks bekräftigt. Ein Atomkrieg dürfe niemals geführt werden, unterstrich das Staatsoberhaupt.
In einem Atomkrieg gibt es keine Sieger. Darum darf eine solche Konfrontation niemals ausgelöst werden. Dies ist die Grundthese eines Grußwortes, das der russische Präsident Wladimir Putin - am Gedenktag des Abwurfs der ersten Atombombe durch die USA auf das japanische Hiroshima - an die Teilnehmer der Zehnten Überprüfungskonferenz zum Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen richtete.
"Wir gehen davon aus, dass es in einem Atomkrieg keine Sieger geben kann und dass er niemals geführt werden darf, und (darum) setzen wir uns für gleiche und unteilbare Sicherheit für alle Mitglieder der Weltgemeinschaft ein",
betonte der russische Staatschef in dem Grußwort.
Wladimir Putin wies weiter darauf hin, dass der Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (Atomwaffensperrvertrag) in dem halben Jahrhundert seines Bestehens zu einem Schlüsselelement des internationalen Sicherheitssystems und der strategischen Stabilität geworden ist. Die darin vorgesehenen Verpflichtungen in den Bereichen Nichtverbreitung, Abrüstung und friedliche Nutzung der Atomenergie entsprächen in vollem Umfang den Interessen sowohl der Kernwaffen- als auch der Nichtkernwaffenstaaten, betonte der russische

Präsident.
In der Grußbotschaft äußerte der russische Staatschef die Hoffnung, dass die Konferenz die Bereitschaft aller Teilnehmerstaaten des Atomwaffensperrvertrages bestätigen werde, ihre Verpflichtungen strikt einzuhalten und "einen spürbaren Beitrag zur Stärkung des Systems der Nichtverbreitung von Kernwaffen und zur Gewährleistung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Welt zu leisten".
Die Konferenz zur Überprüfung des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen findet alle fünf Jahre statt. Das zehnte Treffen sollte bereits im Mai 2020 in New York stattfinden, wurde aber aufgrund der Coronavirus-Pandemie auf den 1. bis 26. August dieses Jahres verschoben.
Der Atomwaffensperrvertrag wurde 1968 unterzeichnet und legitimierte die Atomwaffenarsenale Großbritanniens, Chinas, Russlands, Frankreichs und der USA. Anderen Staaten wird mit der Unterzeichnung des Dokuments das Recht abgesprochen, Massenvernichtungswaffen zu bauen oder zu erwerben. Mehr als 190 Länder sind inzwischen Vertragsparteien. Israel, Indien und Pakistan blieben außerhalb des Abkommens. Im Januar 2003 trat Nordkorea aus dem Vertrag aus.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e80f1ab480cc5f8212a88d.jpg
*Wladimir Putin (01.08.22)*

20:23 de.rt.com: **DVR-Einheiten nehmen die Straße von Jassinowataja nach Konstantinowka ein**
Die Truppen der Donezker Volksrepublik entwickeln eine Offensive in Richtung Awdejewka und Marinka, sagte der Chef der Donezker Volksrepublik (DVR), Denis Puschilin, im Fernsehsender Rossija-24, wie RIA Nowosti berichtet.
"Es gibt gewisse Erfolge. Unsere Einheiten haben bereits die Fernstraße Jassinowataja-Konstantinowka überquert, wodurch wir einen ziemlich großen Brückenkopf in Richtung Awdejewka erreichen konnten",
so Puschilin.
Darüber hinaus haben DVR-Kämpfer in der Siedlung Peski Fuß gefasst und entwickeln eine Offensive in Richtung Marinka, fügte Puschilin hinzu.
Awdejewka ist ein nördlicher Vorort von Donezk, den die ukrainischen Sicherheitskräfte in den letzten sieben Jahren zu einer starken Hochburg gemacht haben. Marinka liegt etwa 25 Kilometer westlich von Donezk. Die ukrainischen Streitkräfte beschießen fast ununterbrochen Städte und Dörfer in der DVR aus ihren Stellungen in der Nähe dieser Dörfer.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e80e3848fbef5496213812.jpg
*Militär der Donezker Volksrepublik in der Nähe von Jasinowataja, 28. Mai 2022*

20:50 de.rt.com: **US-Flugzeugträgerkampfgruppe steuert möglicherweise auf Taiwan zu**
Die USS Ronald Reagan und ihre Kampfgruppe sind während des Asienbesuchs der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi unterwegs und steuern möglicherweise auf Taiwan zu. Medienberichten zufolge soll diese am Montag Taiwan besuchen, was von China als Provokation gesehen werden würde.
Eine US-Kampfgruppe unter Führung des Flugzeugträgers USS Ronald Reagan nähert sich möglicherweise taiwanesischen Gewässern, berichtete der halboffizielle chinesische Think Tank South China Sea Strategic Situation Probing Initiative (SCSPI) am Montag.

https://pbs.twimg.com/media/FZDMgjtUEAAYVPM?format=jpg&name=small

https://pbs.twimg.com/media/FZDMhhgVQAM4kUx?format=jpg&name=small
Dies geschieht während der Asienreise der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, die heute erstmals in Singapur Station machte. In Medienberichten war zuvor behauptet worden, Pelosi könnte im Rahmen ihrer Reise einen unangekündigten Besuch auf

der selbstverwalteten Insel Taiwan abstatten. China hatte den angeblichen Plan als äußerst provokativ bezeichnet und den USA mit "unerträglichen Konsequenzen" gedroht, sollte sie sich zu einem Besuch auf der Insel entschließen.
Nach Angaben des SCSPI befindet sich die aus dem Flugzeugträger USS Ronald Reagan und dem darauf stationierten Flugeschwader Carrier Air Wing Five, bestehend aus F/A-18-Kampfflugzeugen, Hubschraubern und einem Überwachungsflugzeug und zwei weiteren Marineschiffen gebildete Kampfgruppe derzeit möglicherweise rund 800 Kilometer von Taiwans Südostküste entfernt. Die Kampfgruppe hat Luzon, die Hauptinsel der Philippinen, umgangen und ist weiter nach Norden in Richtung Taiwan unterwegs, so SCSPI.
Letzte Woche erklärten ungenannte amerikanische Beamte gegenüber der Nachrichtenagentur AP, dass das US-Militär an einem "Notfallplan" für seine Streitkräfte im Pazifikraum arbeite, um "überlappende Schutzringe" für die Sprecherin während ihres möglichen Flugs nach Taiwan und ihres Aufenthalts dort zu schaffen, da es zu Zwischenfällen im Zusammenhang mit Chinas Aktionen kommen könne. AP wies auch darauf hin, dass die USA über genügend Streitkräfte in der Pazifikregion verfügten, die das Pentagon möglicherweise für zusätzlichen Schutz während der angeblichen Reise einsetzen könnte. Die Nachrichtenagentur nannte konkret den US-Flugzeugträger USS Ronald Reagan und seine Kampfgruppe.
Pelosi kündigte am Sonntag an, dass sie im Rahmen ihrer Asienreise neben Singapur auch Malaysia, Südkorea und Japan besuchen wolle, wobei Taiwan nicht auf der Liste stehe. Die staatliche chinesische Zeitung Global Times meinte jedoch am Sonntag, es sei "immer noch möglich, dass Pelosi einen riskanten und gefährlichen Schritt machen will, indem sie versucht, auf einem taiwanesischen Flughafen zu landen, und zwar unter dem Vorwand eines Notfalls wie einer Flugzeugstörung oder einer Betankung".
Quellen berichteten dem taiwanesischen Sender TVBS, dass die Sprecherin des US-Repräsentantenhauses am Dienstag auf der Insel landen könnte, wobei die Reservierung für ihre Delegation in einem Fünf-Sterne-Hotel bereits erfolgt sein soll. Die taiwanesische Nachrichtenwebsite ETtoday berichtete, dass Pelosi am 2. August abends in Taiwan eintreffen und am nächsten Tag mit der Führung der Insel zusammentreffen wolle. Demnach sollen Pelosi und eine Delegation von 20 Personen gegen 22:30 Uhr Ortszeit auf dem Sungshan-Flughafen in Taipeh landen. Pelosi soll die Nacht im Grand Hyatt Hotel verbringen, bevor sie am Morgen des 3. August die Legislative Yuan (Taiwans Parlament) besucht und mit der Führung, einschließlich der Stabschefin Tsai Ing-wen, zusammenkommt. Die US-Sprecherin lehnte es bisher ab, Medienberichte über ihre mögliche Ankunft in Taiwan unter Hinweis auf Sicherheitsbedenken zu kommentieren.
Taiwan ist seit 1949 selbstverwaltet, hat aber nie offiziell die Unabhängigkeit von China erklärt, da Peking die Insel im Rahmen der Ein-China-Politik als Teil seines Staatsgebiets betrachtet. Obwohl Washington behauptet, die Ein-China-Politik zu respektieren, unterhält es enge inoffizielle Beziehungen zu der 23,5 Millionen Einwohner zählenden Insel, verkauft Waffen an Taipeh und unterstützt dessen Bestreben, sich von Peking zu lösen.
China ist seit Langem über diese Kontakte verärgert, da sie seiner Meinung nach seine Souveränität verletzen und die Spannungen in der Region nur verschärfen. Sollte Pelosi in Taiwan landen, wäre sie die ranghöchste amerikanische Beamtin seit dem damaligen Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich, der die Insel im Jahr 1997 besucht hatte. Chinesische Diplomaten hatten im Vorfeld versucht, den US-Kongressabgeordneten zu vermitteln, dass der Besuch von US-Vertretern in Taiwan im Interesse beider Seiten unerwünscht ist. Inmitten der anhaltenden Spannungen im Zusammenhang mit dem möglichen Besuch Pelosis in Taiwan hatte das Östliche Theaterkommando der chinesischen Volksbefreiungsarmee eine deutliche Warnung an die "Feinde" des Landes ausgesprochen. Das Kommando veröffentlichte am Montag ein Video anlässlich des Jahrestages der Gründung der Volksbefreiungsarmee (PLA) in China. In dem Video, das Aufnahmen von verschiedenen Übungen und Militäreinheiten zeigt, werden die Soldaten aufgefordert, "in

Kampfformation zu stehen, auf Kommando kampfbereit zu sein und alle eindringenden Feinde zu vernichten".
Die Drohungen wurden durch den chinesischen Diplomaten Yi Cao, der die Botschaft des Kommandos auf Twitter gepostet hat, noch verstärkt. Der Diplomat wiederholte auch die Warnung, die Peking in der vergangenen Woche wegen des gerüchteweisen Besuchs von Pelosi ausgesprochen hatte.
"FM warnt die USA erneut davor, Sprecherin Pelosi nach Taiwan zu schicken: Wer mit dem Feuer spielt, setzt sich selbst in Brand!", twitterte der Diplomat.
Auch das Außenministerium Chinas warnte am Montag während eines Briefings vor den "ungeheuerlichen politischen Auswirkungen" von Pelosis geplantem Besuch auf der selbstverwalteten Insel, die China als Teil seines Territoriums beansprucht, und bekräftigte, dass sein Militär "nicht tatenlos zusehen wird", wenn Peking seine "Souveränität und territoriale Integrität" bedroht sieht.
"Wir möchten den USA noch einmal sagen, dass China bereit ist, und dass die chinesische Volksbefreiungsarmee niemals untätig bleiben wird. China wird entschlossene Antworten und starke Gegenmaßnahmen ergreifen, um seine Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen", sagte der Sprecher des Außenministeriums, Zhao Lijian, gegenüber Reportern, als er nach den Folgen der Reise von Pelosi nach Taipeh gefragt wurde.
Wenn sie es wagt, nach Taipeh zu reisen, müssen wir abwarten, welche Maßnahmen zu ergreifen sind", fügte Lijian hinzu.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.08/article/62e80b8eb480cc612822a40a.jpg
*Der US-amerikanische Flugzeugträger USS Ronald Reagan und der Lenkwaffenkreuzer USS Antietam werden auf See aufgetankt*